Bhg. 88

WICHTIG: 29. 11. – 1. 12. Aktions- und Informationstage zum Hochschulrahmengesetz	VW-Kapital gegen studentische Tutorien Seite 2	Profs schießen auf Assistenten und Studenten Hier wird zurückgeschossen Seite 3	Faschisierung der Türkei im Interesse von US-Kapital und NATO Seite 4	Linke Diskussion – und's Niveau wird höher schon ÜBERGANGS-GESELLSCHAFTEN Seite 4 u. 5	Braune Zukunft: Überwachung des Studiums durch Polizeibehörden Seite 6

18. 11. 1971

BSZ

10 Pf Nr. 85

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Kampf der kapitalistischen Studienreform!

29. 11. – 1. 12.: Aktions- und Informationstage zum Hochschulrahmengesetz

Vom 29. 11. bis 1. 12. finden in allen Hochschulen der Bundesrepublik Aktions- und Informationstage zum Hochschulrahmengesetz (HSchRG) statt, das noch in diesem Semester verabschiedet werden soll und das tiefgreifende Veränderungen im gesamten Hochschulbereich bewirken wird. In Bochum wird diese Kampagne vorbereitet von AStA und Fachschaften gemeinsam mit dem Vorstand der Assistentenschaft.

ZIEL DER AKTIONSTAGE ist

1. die umfassende **Information und Aufklärung aller Universitätsangehörigen** über das Hochschulrahmengesetz und die damit im Zusammenhang stehenden bildungspolitischen Maßnahmen der Bundes- und Länderregierungen — Bildungsgesamtplan, BAFöG, Graduiertenförderungsgesetz, Personalstrukturreform, Hochschulstatistikgesetz, Rahmenplan zum Hochschulbauförderungsgesetz, NRW-Gesamthochschulerrichtungsgesetz — und über die Auswirkungen der Gesetze auf alle Mitgliedergruppen der Universität in Studium, Lehre und Forschung.
2. die **Diskussion einer langfristigen Strategie** für den Kampf gegen die staatliche Bildungspolitik;
3. die Bildung von **Arbeitsgruppen, die auf zentraler und Abteilungsebene den Kampf gegen die kapitalistische Studienreform vorantreiben.**

Wichtig ist, daß die im Hochschulrahmengesetz verankerten technokratischen Zwangsmaßnahmen nicht isoliert — losgelöst von der gesellschaftlichen Struktur, die sie hervorgebracht hat — gesehen werden.

Wir müssen die objektiven Zwänge staatlicher Anpassungsreformen im Kapitalismus analaysieren, um das HSchRG in den Griff zu bekommen.

Erst dann sind wir in der Lage, die Kampagne gegen das HSchRG nicht an einzelnen Paragraphen und am jeweiligen aktuellen Stand der Gesetzgebung aufzuhängen, sondern in eine systematische Gegenstrategie zur staatlichen Bildungspolitik einzuordnen. An einer solchen Strategie — und nicht am Wunsch nach Aktionen — müssen die Aktionstage ausgerichtet sein.

Verlauf der Aktionstage

Diese Zielsetzung und die Notwendigkeit, im Kampf gegen das HSchRG auf der Abteilungsebene anzusetzen, wo sich die Vorschriften dieses Gesetzes konkretisieren, bestimmen den Verlauf der drei Aktionstage:

● Am 29. 11. werden wir auf einem zentralen **TEACH-IN** die Bedeutung des Hochschulrahmengesetzes mit seinen flankierenden und nachfolgenden Gesetzesmaßnahmen auf dem Hintergrund kapitalistischer Bildungspolitik vermitteln. Dabei gehen wir aus von der Einschätzung der Bundesregierung, daß **„das Kernstück aller Maßnahmen zur Hochschulreform ... die Neuordnung von Studium und Prüfung"** ist (Begründung der Bundesregierung zum Entwurf des HSchRG).

● Am 30. 11. werden auf einer **UNI-VOLLVERSAMMLUNG** Strategien für den Kampf gegen das HSchRG diskutiert, soweit dieser Kampf uni-zentral geführt werden kann. Auf dieser Vollversammlung müssen wir u. a. die Funktion des **Projektbereichs Lehrerausbildung** und eines (noch zu gründenden) **Projektbereichs Technologie,** die Möglichkeit einer **Projektgruppe zum BAFöG** und die Perspektive der Arbeit in DGB-Gewerkschaften (v. a. GEW) bestimmen.

● Am 1. 12. müssen in **Abteilungsvollversammlungen** die fachspezifischen Auswirkungen des HSchRG,

Fortsetzung auf Seite 3

Blinder Aktionismus

Den Universitätsangehörigen wird anläßlich der INFORMATIONS- und AKTIONSTAGE zum HOCHSCHULRAHMENGESETZ ein wahrlich breitgestreutes „Programm" geboten: Neben den TEACH-INS und VOLLVERSAMMLUNGEN, zu den AStA, Fachschaften und Assistentenschaft aufrufen, bereitet der Spartakus eine DEMONSTRATION in der Innenstadt vor, die für Spartakus und Bruderorganisationen den krönenden Abschluß der „Massenbewegung" gegen das Hochschulrahmengesetz bilden soll.

Der AStA ist das Aktionsbündnis, das Spartakus ihm aus Demonstrationszwecken angeboten hatte, nicht eingegangen. Grundsätzlich lehnt der AStA Demonstrationen nicht ab; er geht aber davon aus, **daß Demonstrationen zum einen sinnvoll eingeordnet werden müssen in eine politische Strategie,** und daß zum anderen die Inhalte einer Demonstration — insbesondere die Parolen — so angelegt sein müssen, daß auch eine Aufklärung der Bevölkerung geleistet wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hält der AStA eine Demonstration gegen das HSchRG nicht für sinnvoll. Jetzt kommt es vielmehr primär darauf an, den direkt Betroffenen — d. h. Studenten, Assistenten und Hochschullehrern — zu vermitteln, daß das HSchRG nicht verhindert werden kann und daß die einzig mögliche Form des Widerstandes der langfristige Kampf gegen die inhaltliche Konkretisierung dieses Gesetzes im Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb ist.

Eine Demonstration könnte nur die gefährliche Illusion wecken, daß das HSchRG eventuell doch noch verhindert werden kann. **Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß Vorbereitung und Durchführung der Demonstration als aktionistische Selbstbefriedigung den Schlußpunkt nicht nur der Aktionstage, sondern der gesamten Aktion gegen das HSchRG bilden und so von der notwendigen langfristigen Arbeit abgelenkt wird.**

Die von Spartakus intendierte Aufklärung der Bevölkerung über die Bildungspolitik der Bundesregierung kann eine Demonstration nicht leisten, insbesondere nicht mit den unvermittelten Parolen, unter denen Spartakus demonstrieren will. Die Zusammenhänge der Bildungspolitik mit der kapitalistischen Entwicklung können in Demonstrationsparolen nur verschleiert werden.

Eine besonders pikante Variante spartakistischer Politik: Voraussetzung für ein Bündnis zwischen AStA und Spartakus sollte die vollkommene Unterordnung des AStA unter Parolen und Politik des Spartakus sein!

Der AStA hat gedankt. Auch die **Fachschaftsvertreterkonferenz** hat sich mit überwältigender Mehrheit gegen eine Demonstration ausgesprochen.

Der Kampf gegen das HSchRG muß geführt werden als **Kampf gegen die kapitalistische Studienreform!**

BETEILIGT EUCH AN DEN VERANSTALTUNGEN DER AKTIONSTAGE UND ARBEITET MIT IN DEN ARBEITSGRUPPEN!

Staatshochbauamt besetzen?

Bisher haben weder Kanzler Seel noch Staatshochbauamtsleiter Bierwirth auf die Forderung nach Freigabe zumindest einiger Etagen des Staatshochbauamts-Schwesternwohnheims reagiert (s. letzte BSZ). Deshalb ist es notwendig, den Herren einmal deutlicher zu machen, daß diese Forderungen ernst gemeint waren. Der AStA wird Herrn Seel und Herrn Bierwirth noch einmal, diesmal ultimativ, auffordern, das Schwesternwohnheim schnellstens in ein bewohnbares Studentenheim umbauen zu lassen.

Sollten sie sich nicht darauf einlassen, müßte man zweifelsohne zu etwas anderen Maßnahmen greifen.

BESETZEN

(Informationen folgen noch auf Flugblättern.)

NÄCHSTER TERMIN DER PROJEKTGRUPPE WOHNEN: Mo., 22. 11. 71, 14 Uhr, Baracke 1, Raum 14.

VW 1200, Baujahr 1963
für **300,— DM** zu verkaufen.
Telefon Bochum 70 18 55 (Red.)
oder Bochum 4 60 12

STUDIO „AUS DER SCHATZTRUHE"
donnerstags, 15.30, 18, 20.30
18. 11. 71: ROMY SCHNEIDER
„INZEST"
Regie: JOHN NEWLAND
25. 11. 71: „JULIUS CAESAR"
Regie: JOSEPH L. MANKIEWICZ

CAPITOL „ACTION AUSLESE"
donnerstags, 15.15, 17.45, 20.15
18. 11. 71: FRANCO NERO
„DJANGO, DER RÄCHER"
Regie: Ferdinando Baldi
25. 11. 71: VITTORIO GASSMAN
„BRANCA LEONE"
Regie: MARIO MONICELLI

Ideologie und Geschäft

„One Way" — die Einbahnstraße zu Jesus — ist ihre Parole, der emporgestreckte Zeigefinger ihr Erkennungszeichen. Die „Jesus-People", vor vier Jahren in Kalifornien zur Welt gekommen, machen inzwischen auch in der Bundesrepublik und Westberlin von sich reden. Eines der Zentren der Jesus-Bewegung ist das Ruhrgebiet — in Essen wurde eine „Gotteskinder"-Gruppe von Amerikanern gegründet, die im gesamten Ruhrgebiet aktiv ist. Tausende Jugendliche besuchten die „Jesus-Tage" in Herne, viele lassen sich in Flüssen und Bächen taufen und tun damit den ersten Schritt in die Einbahnstraße. Wohin führt sie?

Der Boom, die Popularität der „movement" resultiert vor allem aus den von ihr propagierten Erfolgen bei der Heilung Rauschmittelsüchtiger: „Und plötzlich sind sie viel fröhlicher als sie im Drogenrausch gewesen sind, und sie lieben Christus mit ganzem Herzen", verkündet ein amerikanischer Hippy-Pastor. Der Jesus-Trip macht high.

Wie weit die wirklich Ausgeflippten von der „scene" zu Gebete lallenden Jesus-People geworden sind, läßt sich schwer übersehen. Vornehmlich scheinen es die Hasch- und LSD-Konsumenten zu sein — und nicht die Konsumenten harter Drogen — die auf Jesus umsteigen.

Die Protestbewegung der 50er und 60er Jahre (Beatniks, Hippies), oft verstanden als — wenn auch ohnmächtige — Auflehnung gegen establishment und sogar Kapitalismus, die „große Verweigerung" und der subkulturelle Protest, wurden bald kanalisiert — ökonomisch wie ideologisch. Die Begeisterung für Hermann Hesse, die Gurus, Hare Krishna, der Pop-„underground"

Die Reaktion lacht sich ins Fäustchen

Fortsetzung auf Seite 6

‚Ein Stück praktischer Hochschulreform'

oder Numerus Clausus..., wie hätten Sie es gern?

Der Planungsstab des Rektors profiliert sich gegenwärtig durch „ein Stück praktischer Hochschulreform": Gegen den Konfliktherd Numerus Clausus soll vorgegangen werden. Die Praxis dabei ist ein Fragebogen des Planungsstabes, der im SS 1972 bei der Immatrikulation bzw. Rückmeldung von allen Studenten ausgefüllt werden soll. Ziel und Zweck dieser Erhebung ist angeblich die Ermöglichung einer „Vorausplanung, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Studenten orientiert". Beim Betrachten des Fragebogens sieht man allerdings sehr schnell, um wessen Bedürfnisse es tatsächlich geht.

— So erheischt die Frage 16 Information über die Zufriedenheit mit der detaillierten und rechtzeitigen Einweihung in die zukünftige Repession (hier den Numerus Clausus).

— So wird in der Frage 20, wenn gefragt wird, ob es Bedingungen in der und für die Universität gibt, die die Einführung von Zulassungsbeschränkungen rechtfertigen können, geschickt von der eigentlichen Problematik, nämlich der kapitalistischen Ausbildungsplanung abgelenkt, in dem nur auf die „Sachzwänge" in den einzelnen Unis bewußt suggestiv aufmerksam gemacht wird.

— Die Frage 19 behandelt nur noch den technischen Vollzug der Selektion und will eindeutig Informationen über die günstigsten Chancen einer Akzeptierung des **Numerus Clausus erlangen.**

Der repressive Tatbestand des NC selbst wird an keiner Stelle in Frage gestellt: der Fragebogen kann mithin keinen anderen Sinn haben als die Ermittlung der Bedingungen eines noch reibungsloseren Ablaufs der Unterdrückung und Einschränkung.

Solange die Reglementierungsmaßnahmen wie Studien„beratung" und Eignungstests, inclusive Testen der ideologischen „Eignung", sich noch in Versuchsstadien befinden, ist „der Numerus Clausus ein geeignetes Mittel der Hochschulplanung" (Minister Rau).

Um die damit notwendigerweise verbundenen Konflikte zu verschleiern, braucht man die durch diesen Fragebogen zu erreichenden Daten, die es ermöglichen, den NC und seine Folgen reibungsloser zu gestalten und damit den NC selbst auf die Dauer zu festigen.

Interessant in diesem Zusammenhang sind die Fragen nach der Information über den NC.

Eine „Langzeitwirkung des NC" (Schreiben des Planungsstabes an Uni Heidelberg) würde den NC als Planungs- und Lenkungsinstrument verstärken, da der NC aufgrund seiner sublimen Wirkung in Zukunft auch „vorbeugend" eingesetzt wird. (Studenten werden schon durch die Tatsache des NC und frühzeitige Information darüber, von einer Bewerbung in ihrem Wunschfach abgehalten.)

Der Fragebogen wurde im Staatlichen Wohnheim als Test verteilt. Der AstA hat daraufhin im Staatlichen ein Flugblatt verteilt, in dem die Hintergründe dieses Fragebogens und die geeigneten Antworten enthalten waren.

Um ihren Fragebogen bangend, der im SS 1972 bei der Immatrikulation ausgegeben werden soll, versuchte der Planungsstab, sich mit dem AStA in einem Gespräch zu arrangieren. Was von Beteuerungen, nur die Interessen der Studenten im Auge zu haben, zu halten ist, wurde ziemlich klar bei unserer Frage, ob diese Aktion nur auf Bochum beschränkt wird. Obwohl in einem Schreiben an die Uni Heidelberg — dort soll diese Erhebung also auch geplant werden — konkret angegeben wird, daß eine solche Aktion bundesweit ausgedehnt werden sollte, beantworteten die Herren Referenten Weigmann und Schweitzer diese Frage mit einem eiskaltlächelnden Nein.

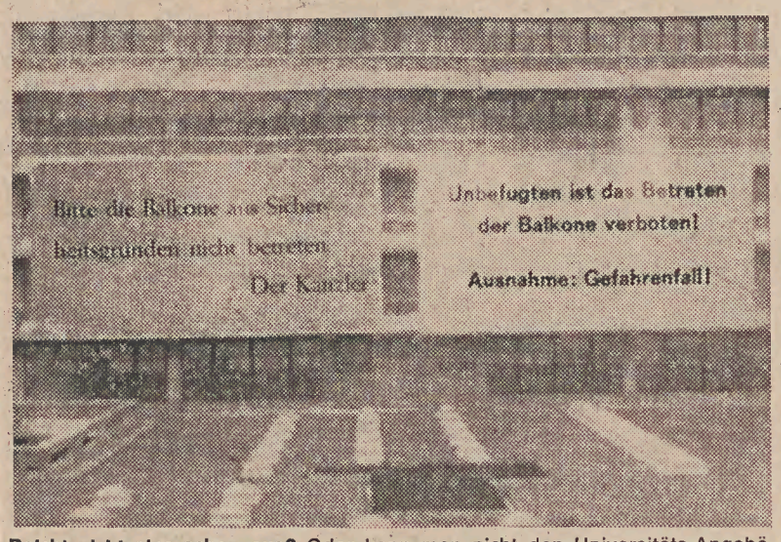
Wie sehr man bemüht ist, den NC zu beseitigen, zeigt sich augenblicklich bei den Psychologen und Geographen, wo eiskalt studentische Tutorienprogramme gestrichen werden.

Wir werden nicht zulassen, daß wir selber an einer reibungsloseren Unterdrückung und Einschränkung der Studenten mitwirken sollen. Wir werden den Fragebogen bei der Immatrikulation im SS 72 nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Zentrale Demonstration gegen § 218 in Köln am Sa. 20. 11. 71, 12 Uhr, auf dem Offenbachplatz (Opernhaus).

Der AStA wird Busse zur Verfügung stellen. Genauer Abfahrtsort und Zeit werden noch auf Flugblättern bekanntgegeben.

Warum diese Schilder?



Reicht nicht eins schon aus? Oder kann man nicht den Universitäts-Angehörigen erlauben, vorsichtig auf den Balkons herumzulaufen, denn es wird schon keiner herunterfallen? Keineswegs! Denn diese Schilder sollen verhindern, was nicht sein soll: daß die durch Leistungsdruck, Prüfungsängste und Kontaktstörungen seelisch kranken Studentinnen und Studenten aus Verzweiflung von oben in den Tod springen. **In den letzten 2½ Jahren werden zwar offiziell nur 3 Selbstmorde zugegeben, doch bei 8 anderen unbekannten studentischen Todesursachen ist ein Selbstmord nicht ausgeschlossen — eher sogar wahrscheinlich.** Doch muß man diesen Leuten nicht versuchen anders zu helfen. Die Universität scheint sich für ihre Probleme nicht zu interessieren. Sie begnügt sich stattdessen mit diesen Schildern — als ob sie damit genug getan hätte. **Denn ein psychisch gesunder Studierender wird außer bei Gefahrenfällen wirklich nicht herunterspringen.**

Weg mit dem § 218

Jahn-Entwurf –

Manifestierung der Unterdrückung

Immer größere Teile der Bevölkerung bekunden ihren Protest gegen den unmenschlichen Abtreibungsparagraphen, der jeglichen Anspruch des Menschen auf Selbstbestimmung ins Gesicht schlägt. Zum jetzigen Zeitpunkt richtet sich der Protest vor allem gegen den „Reform-Entwurf" von Justizminister Jahn, der nicht etwa das bestehende Abtreibungsverbot beseitigen will, sondern lediglich die bestehenden Verhältnisse zementiert und ihnen mit der „Indikationslösung" — das heißt der Erweiterung der medizinischen Indikationen um einige etwas nebulöse „soziale" — ein „scheinreformerisches Mäntelchen" umhängt.

Konkret sieht der Jahn-Entwurf vor, daß die bisher gesetzlich festgelegte Indikation — eine rein medizinische (bei Gefährdung von Leib und Leben der Frau odes des Kindes) — um folgende Indikationen erweitert wird:

1. ist eine Schwangerschaftsunterbrechung möglich bei Vergewaltigung oder wenn
2. zu erwarten ist, daß das Kind schwerwiegende geistige oder körperliche Schäden haben wird.
3. sind — außer den medizinischen Gründen jetzt auch „die gegenwärtig und künftig zu erwartenden Lebensverhältnisse der Schwangeren zu berücksichtigen".

Damit ist also weiterhin keine Möglichkeit für die Frau vorhanden, zu entscheiden, ob sie ihr Kind haben will oder nicht. Statt dessen wird die Entscheidung von einem Arzt vorgenommen, der die „Lebensverhältnisse der schwangeren Frau sicher nicht näher kennt und der nach seinem eigenen Gutdünken irgendwelche Kriterien für die Entscheidung finden muß.

Zudem ist die Frau, die eine Abtreibung vornehmen lassen will, dazu gezwungen, ihre Begründung selbst dem Arzt vorzutragen, wobei natürlich **Arbeiterfrauen benachteiligt** sind, da es Frauen aus höheren Schichten wahrscheinlich leichter fällt, eine solche Begründung zu formulieren. Frauen aus der werktätigen Bevölkerung sind weiterhin benachteiligt, weil die Abtreibung immer noch auch ein finanzielles Problem ist.

Verschleiert wird auch — vor allen Dingen in den „Protesten" seitens der Kirchen — der eigentliche Kern des Problems durch das Argument „Alles Leben ist absolut schutzwürdig ...", die Abschaffung des § 218 verstoße also gegen § 2 des Grundgesetzes. Verschwiegen dabei wird, **daß dieser absolute Schutz des Lebens nach der Geburt erheblich relativiert wird.**

Dieselbe Mischung aus Gedankenlosigkeit und Menschenverachtung erlaubt es, die Verkehrstoten als Tribut an den Fortschritt zu beweinen, bei Sexualverbrechen für die Todesstrafe zu plädieren, Kindesmißhandlungen durch die Eltern als Kavaliersdelikt zu tolerieren, eine Aufrüstung der Bundeswehr zu fordern, systematische Geburtenregelung als Volkskraftzersetzung zu brandmarken und dann bei der Abtreibung von der absoluten Bedürftigkeit des Schutzes des Lebens zu schwafeln.

Sammlung Luchterhand
Neuerscheinungen

Georg Lukács Die Theorie des Romans
Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik. Sonderausgabe. DM 7,80 Band 36

Georg Lukács Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins
Hegels falsche und echte Ontologie. DM 7,80 Band 49

Leo Löwenthal Erzählkunst und Gesellschaft
Die Gesellschaftsproblematik in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. Mit einer Einleitung von Frederic Tubach. DM 9,80 Band 32 November

Gisela Steinwachs Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in ›Natur‹
Eine strukturale Analyse von Bretons »Nadja«. collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 3. DM 7,80 Band 40 November

Rosa Luxemburg Internationalismus und Klassenkampf
Die polnischen Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Hentze. DM 9,80 Band 41 November

Dorothee Sölle Das Recht ein anderer zu werden
Theologische Texte. Reihe Theologie und Politik, herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Band 1 DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason Von Marcuse zu Marx
Prolegomena zu einer dialektischen Anthropologie. DM 9,80 Band 54 November

Sammlung Luchterhand

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.

Die Abwähler im Assistentenrat sind ohne jede Alternative

Der Vorstand der Assistentenschaft hat in Mitteilungen an die Assistentenschaft über die Ab- und Wiederwahl des Vorstandes der Assistentenschaft berichtet. Er fühlt sich jedoch auch verpflichtet, eine politische Stellungnahme aus seiner Sicht zu diesen Vorgängen gegenüber der Universitätsöffentlichkeit zu geben.

Aus nichtigem Anlaß ist vor Semesterbeginn von einer Gruppe von Altfunktionären (Fischer, v. Renesse und anderen) der Sturz des erst wenige Wochen zuvor gewählten Vorstands der Assistentenschaft betrieben worden. Die vorgebrachten Argumente lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

- Handlungsunfähigkeit des Vorstands
- Linksorientierung der Vorstandsmitglieder
- Durch Überideologisierung Entfernung des Vorstands von der Basis.

Den Initiatoren der Abwahl gelang es — nicht zuletzt wegen der ungeschickten Taktik des Vorstands, der nicht vorbereitet war, da er von der Rücktrittsabsicht des damaligen Vorsitzenden Müller nichts wußte —, durch Verdrehungen und nachweislich falsche Behauptungen eine beträchtliche Mehrheit für sich zu gewinnen. **Wichtige Unterstützung fanden die Argumente gegen den Vorstand insbesondere durch Assistentenvertreter einzelner Abteilungen, die sich schon in der grundsätzlichen Ablehnung des Aktionspapiers profiliert hatten.** Der Verlauf der Diskussion und die schließliche Abwahl des Vorstands zeigten, daß der (zunächst) gelungene Rechtsputsch sorgfältig vorbereitet war. Der AR wählte eine Kommission, deren Aufgabe es sein sollte, Kandidaten für einen neuen Vorstand zu suchen und eine Strategiediskussion für den AR vorzubereiten.

In der nächsten Sitzung zeigte es sich schon zu Beginn im Bericht über die Ausschußarbeit, daß beide Aufträge an die Kommission von dieser nicht erfüllt worden waren. Weder war auch nur ansatzweise eine Strategiediskussion vorbereitet worden, noch wurde eine personelle, geschweige denn politische Alternative zum abgewählten Vorstand präsentiert. Es zeigte sich vielmehr in der anschließenden Diskussion, daß die Motive zur Abwahl bei der Mehrheitsfraktion der letzten Sitzung so unterschiedlich waren, daß von einem politischen Konsens keine Rede sein konnte.

Entsprechend den oben genannten Hauptargumenten war nämlich ein nicht unbeträchtlicher Teil des AR's während der vorausgegangenen Sitzung der Überzeugung, daß die von den Hintermännern behauptete Arbeitsunfähigkeit des Vorstands den Tatsachen entsprach. Überzeugend wurde — auch von Herrn Müller — deutlich gemacht, daß diese behauptete Arbeitsunfähigkeit ein Phantom war, das weder aus Kenntnis der tatsächlichen Arbeit des Vorstands sich begründen ließ, noch dem forcierten Einsatz des Vorstands in einer ganzen Reihe von Repressionsfällen gerecht wurde. Schließlich entlarvte sich die auf Arbeitsunfähigkeit begründete Argumentation angesichts der Tatsache, daß der Vorstand noch nicht einen Monat im Amt war. Damit entfiel gleichzeitig das Argument, der Vorstand kümmere sich nicht ausreichend um die Belange der Basis und halte sozialistische Wunschbilder für wichtiger als die konkrete Arbeit für die Assistenten.

Es blieb also nur das zweite Argument für die Abwahl des Vorstands übrig, das besonders präzise von Herrn Ehlers artikuliert wurde. **Die Frage allerdings, worin denn der qualifizierende Unterschied zur Arbeit eines unpolitischen Vorstands in der Wahrung der materiellen Interessen der Assitenten liege, blieb unbeantwortet.** Die von v. Renesse vorgeschlagene „pragmatische" Politik entpuppte sich als immer noch auf die Hoffnung gegründet, durch mehr oder weniger raffinierte Tricks als lokale und vereinzelt auftretend begriffene Hindernisse zu überwinden. Das ist eine Taktik zur Verwirklichung von Reformen, die sich angesichts der fortschreitenden Hochschulformierung in den letzten Jahren selbst bei mäßigem politischen Einschätzungsvermögen als illusionär erweist.

Da schließlich eine Politik, die sich im Sinne von v. Renesse als pragmatisch bezeichnet, schon in der Vergangenheit gescheitert war, ist es nicht sonderlich überraschend, daß die Wortmeldungen der Hauptakteure der Abwahl immer seltener wurden. Eine Begründung der Abwahl gelang schließlich überhaupt nicht mehr, und in geradezu zynischer Weise zielte die „Strategie" insbesondere von v. Renesse schließlich nur darauf, die Wahl eines ihm nicht genehmen Vorstands überhaupt zu verhindern. So war aus der behaupteten Handlungsunfähigkeit als Begründung für die Abwahl der Wunsch geworden, die Wahl eines handlungsfähigen, d. h. personell ausreichend besetzten Vorstands mit einem klaren politischen Konzept zu verhindern.

Spätestens jetzt hatten sich die Hauptakteure der Abwahl soweit dekouvriert, daß die Mehrheit im AR die unglaubliche Verantwortungslosigkeit dieses Manövers gerade in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Situation sah. Es ist wirklich nur durch **sozialpathologische Züge von Altfunktionären** oder ein mißlungenes Kalkül für die Durchsetzung ganz persönlicher Interessen zu erklären, wenn mit einer dürftigen Argumentation und ohne personelle Alternative die Gunst einer Stunde genutzt wurde, um den Sturz des Vorstands zum damaligen Zeitpunkt zu betreiben.

Der AR hat durch eine eindeutige Wahlentscheidung (Vorsitzender: Schlumbohm, Stellvertreter: Blanke, Dannhauer, Pasierbsky, Schnoor) dieser konzeptionslosen Politik eine klare Absage erteilt.

Vorstand der Assistentenschaft

Sonderangebot!
Koffer-schreibmaschinen
befristet bis 31. 12. 1971
Olympia-Monica DM 264,-
Olympia SM 9 DM 326,-
Bestellen Sie noch heute bei
Studenten-Einkauf
3406 Bovenden

Der Sündenpark

Durch ein gut ausgebautes Straßennetz sollte an der RUB die Gettolage aufgehoben werden; doch was hilft es, wenn man — vor allem in Zukunft — sehr leicht über die Schnellstraßen an die Uni rankommt — und dann diese ersparte Zeit durch Parkplatzsuche, Umwege und große Entfernungen wieder verplempert? Die RUB leidet noch schlimmer als andere Universitäten an der Fehlplanung des zu erwartenden Motorisierungsgrads und Parkraumbedarfs. Diese Planungspannen, die immer noch nicht korrigiert werden, machen aus dem RUB-Gelände einen Sündenpark von Parksündern — Symptom einer übermotorisierten, egoistischen Konsumgesellschaft.

Dabei sieht die Praxis so emotional einfach aus: morgens die letzten Kilometer in zäher Schlange, dann dickköpfiges Beharren auf den gebäudenächsten Parkplätzen, daher völlig verstopfte Sackgassen, aus Bequemlichkeit und Zeitnot ist das Hinüberfahren in andere Bereiche nicht möglich . . . — das Resultat ist das laufende Zustellen anderer parkender Autos, Hauptsache man hat den eigenen Wagen abgestellt.

Die Abhilfe dieses täglichen Kleinkriegs kann nur bestehen in größerer Rücksichtnahme und dem Sich-Abfinden mit längeren Fußwegen.

Auch von „oben" könnte eine beschleunigte Planung von Parkhäusern usw. erfolgen; außerdem läßt der Zustand der bestehenden Plätze mehr als zu wünschen übrig.

Doch da wir sowieso wissen, daß der Kanzler uns hier im Stich läßt, haben wir unsere eigenen Vorschläge zur Beseitigung des Sündenparks vorgelegt (s. Bild).

Kostenlose Nahverkehrsmittel statt weiterer Ausweitung des Individualverkehrs ist für uns allerdings noch die beste Lösung!

UP: parlamentar. Karikatur oder polit. Aktionsfeld

Zur UP-Wahl am 24. 11. 1971

Während auf schreiend gelb-roten Aufrufen (deren Finanzierung Kanzler Seel sicher noch Sorgen machen wird, sollte doch schon vor Wochen der „große Knall" kommen, daß für nichts und auch gar nichts mehr Geld da sei) Rektor Faillard die studentischen Wählermassen an die Urnen locken will, um mit dem demokratischen Feigenblättchen UP seine zentralistische Blöße zu bedecken, zeigt sich mit den spärlich besuchten studentischen Versammlungen zur Kandidatenaufstellung eine breit gestreute UP-Müdigkeit. (UP-Universitätsparlament.) Für die im AStA vertretenen Gruppen SHB und SAG bestimmt sich die Funktion des UP und ihr Verhalten zur Wahl nach verschiedenen Gesichtspunkten.

UP setzt Rahmen . . .

Da sich in Bochum (und allgemein) erwiesen hat, daß **der Zugriff des Kapitals auf die Universität nicht in paritätisch besetzten Gremien gebremst wird,** ja im Gegenteil sie benutzt werden, um politische Kräfte zu binden und dann damit hausieren zu gehen, daß ja alle an der Entscheidungsbildung beteiligt gewesen seien, stellt sich die Frage, **welchen Stellenwert im Rahmen unserer Hochschulstrategie das UP noch haben kann.**

Unsere Arbeit in den Abteilungen, die sich richtet erstens auf eine **Kritik der bürgerlichen Wissenschaft,** wie sie sich in den Lehrinhalten manifestiert, und zweitens auf die **Erarbeitung einer revolutionären, gesellschaftsverändernden Berufsperspektive** im kapitalistischen System, wird durch UP-Entscheidungen im wesentlichen in 4 Punkten berührt: Entscheidungen über:

1. Abteilungssatzungen
2. Studien- und Prüfungsordnungen
3. Berufungspolitik
4. Verfassungsänderungen.

Die Erfahrung hat bis jetzt gezeigt, daß man zwar **reaktionäre Entscheidungen verhindern, aber progressive nicht durchsetzen kann.** Unter diesem Aspekt soll nun kurz das nächste UP beleuchtet werden.

. . . auch weiterhin?

Zu 1.: Die Arbeit an Abteilungssatzungen trägt z. Z. das Moment des Unsinnigen in sich, da die Angleichung an das Hochschulgesetz eine neue Uni-Verfassung erfordert, in der durch eine **Musterabteilungssatzung** eine Abteilungsstruktur vorgeschrieben werden wird. Das ganze Hick-Hack um die Satzung wird sich dann erledigen.

Zu 2.: Ganz abgesehen davon, daß bis April 72 (wahrscheinlich Dauer der Amtsperiode des UP) nur wenige solche Ordnungen anstehen werden, ist durch unsere Arbeit in der Uniservitätskommission für Lehre unsere Einflußnahme gesichert. Dort pflegen die relevanten Entscheidungen zu fallen.

Zu 3.: Hier wird es in der jetzigen Verfassungssituation nicht gelingen, die Mauschelpolitik des Senats zu unterbinden. Wenn überhaupt, fallen die Entscheidungen auf Abteilungsebene.

Zu 4.: Im Hinblick auf die neue Verfassung erübrigen sich kosmetische Operationen an der alten.

Besonderheiten dieses UP

In der Tat sind in diesem UP allerdings einige besondere Punkte zu beachten, nämlich Entscheidungen über:

1. die Wahlordnung zum „Satzungskonvent", der die neue Verfassung verabschieden wird,
2. die Zusammensetzung der Satzungskommission, die die neue Verfassung vorlegen soll,
3. die Wahl eines Rektors.

Erübrigt sich Punkt 3 dadurch, daß es z. Z. unseres Wissens **keinen Kandidaten unter den Hochschullehrern gibt, den man ohne Bedenken unterstützen könnte,** ist bei den anderen Punkten zu überlegen, wie ein UP ohne unsere Mitarbeit dort Einfluß auf eine künftige Verfassung in unserem Sinne nehmen kann, die — wie oben bereits angedeutet — nur einen Stellenwert als **flankierende Rahmenbedingung für die inhaltliche Arbeit in den Abteilungen hat.** Die Zusammensetzung des Satzungskonvents ist bereits gesetzlich festgelegt: Professoren, Assistenten, Studenten, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter im Verhältnis 4:2:3:1.

Bei den Beratungen über das Wahlverfahren zum Satzungskonvent kann der Vertreter des AStA, der ohnehin im UP sitzt, argumentativ Einfluß nehmen. Die Satzung sind wir bereit, im Satzungsausschuß mit zu erarbeiten. Sollten wir dort nicht vertreten sein, werden wir unsere Vorstellungen anderweitig ebenso wirksam in die Diskussion bringen.

So ergibt sich bei emotionsloser, funktionaler Betrachtung des UP für uns, daß alles, was in diesem UP zu erreichen oder zu verhindern ist, sich auch ohne unsere Präsenz in diesem Gremium in unserem Sinne beeinflussen läßt. Aus unserer Schwerpunktsetzung und Gründen der Arbeitsökonomie mag die Aktivität im UP anderen überlassen bleiben. -rg-

VW-Kapital und seine Handlanger an der Uni

Daß unsere Profs nicht gerade machtlos sind, ist wohl nichts Neues. Im Folgenden soll gezeigt werden, wo, wie und für wen sie ihre Macht ausspielen und was daraus zu folgern ist. Am Psychologischen Institut fanden bis einschließlich SS 71 Tutorien statt. Sie wurden von der VW-Stiftung finanziert und dienten anfänglich vor allem der Aufarbeitung psychologischen Fachwissens. So wurden Tutorien in Statistik abgehalten, in denen im Grunde genommen der eigentliche Wissensstoff erarbeitet wurde. Ob die Effektivität der Tutorien nun daran lag, daß immer relativ kleine Gruppen arbeiteten oder Tutor — also Leiter des Tutoriums — immer ein Student war, sei dahingestellt, zumindest waren alle Profs erfreut über die für sie sinnvolle Ergänzung des Lehrprogramms. — Vor 1½ Jahren wurden zum ersten Male Tutorien mit freier Themenstellung durchgeführt. Diese Konzeption hatte sich im Folgenden bewährt: Es wurden hauptsächlich Tutorien veranstaltet, in denen Studenten ihren Stoff kritisch aufarbeiten konnten und Fragestellungen bearbeiteten, die über die unreflektierte Wissenschaftsgläubigkeit hinausgingen. Dies führte dazu, daß in Ansätzen den Methoden der herrschenden Psychologie (sprich: Psychologie der Herrschenden) die Methode des dialektischen Materialismus gegenübergestellt wurde.

Diese Bestrebungen waren natürlich nicht von VW intendiert und die Profs haben sie auch von Anfang an zu unterdrücken versucht. Es existierte ein Tutorenausschuß, in dem 5 Studenten, 2 Assistenten und 1 Prof vertreten waren. Die Profs drohten verschiedentlich damit, ihre Mitarbeit im Tutorenausschuß aufzukündigen und damit — laut VW-Richtlinien — das Programm platzen zu lassen. Dennoch wurde das Tutorenprogramm bis zum SS 71 zu Ende geführt. Für das WS 71/72 hatte die VW-Stiftung eine Überbrückungsfinanzierung bis zur Übernahme des Programms durch das Land fest zugesagt. Es bedurfte lediglich eines Antrages des Institutes, um diese Gelder zu erhalten.

Diesen Antrag verwehrte das Institut, ohne sich inhaltlich mit dem Tutorenprogramm auseinanderzusetzen. Statt dessen teilte der professorale Vertreter im Tutorenausschuß, Prof. Schönpflug, der nach protektionistischer Hausberufung zum neuen geschäftsführenden Direktor des Instituts gemacht wurde, dem Tutorenausschuß lakonisch mit, die Profs könnten unter diesen Umständen nicht mehr länger mitarbeiten. Außerdem erhob er einen nicht begründeten Ideologievorwurf. In einer Fakultätssektionssitzung wollten wir eine dezidierte Stellungnahme jedes Profs erhalten. Es zeigte sich, daß ein Teil der Profs über die Möglichkeiten zur Weiterfinanzierung offensichtlich nicht informiert worden war, alle aber eine inhaltliche Diskussion über die Tutorien zu führen nicht bereit waren.

Damit war das Tutorenprogramm der VW-Stiftung gestorben. — Es ist müßig, über ein solches Gehabe der Profs lange zu lamentieren. Festzuhalten bleibt, daß die personifizierten Vertreter der herrschenden Wissenschaft es verstehen, sich zur Wehr zu setzen, wenn es ihrer Wissenschaft an den Kragen geht. Und das ist keine Frage der jeweiligen Vertreter dieser Wissenschaft — mögen sie nun Heckhausen, Schönpflug, Papalekas, Hinz oder Kunz heißen —, sondern der Wissenschaft selbst, ihrer Voraussetzungen, Inhalte, ihrer kapitalistischen Interessenten und entsprechenden Verwertung.

Das heißt, werden die Inhalte und Methoden dieser Wissenschaft, die durch die herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die damit einhergehende Form der Arbeit bestimmt werden, kritisiert, so ist es zwangsläufig, daß eben diese Kritik unterbunden wird, wenn sie nicht mehr in Form einer reinen Verbesserung und damit Effektivierung des Bestehenden in eben dieses integriert werden kann. Gremien, in denen die Interessen der den Wissenschaftsbetrieb und seine Bedingungen Kritisierenden vertreten werden können, werden durch formales Taktieren außer Kraft gesetzt, womit zudem eine inhaltliche Auseinandersetzung, die über einen bloßen Ideologievorwurf hinausgeht, vermieden wird.

Wer hier Ideologie betreibt, zeigt sich hier ganz deutlich: Die Professoren, Vertreter der herrschenden Wissenschaft. Denn gerade die Ideologie ist es, die eine inhaltliche Auseinandersetzung scheut.

Die Fachschaft Psychologie übernimmt das Tutorenprogramm in eigener Regie und versucht unter diesen, vor allem — trotz zugesicherter Unterstützung des AStA — finanziell schlechteren Bedingungen die angefangene Arbeit fortzusetzen. Wir werden versuchen, hauptsächlich Studienanfängern den Klassencharakter der bürgerlichen Psychologie zu vermitteln und daraus Konsequenzen politischen Handelns zu entwickeln.

Fachschaftsrat Psychologie
Basisgruppe Psychologie

Baader Meinhof in Bochum

Es brannte — und zwar am letzten Samstag in der Hustadt. Der Herr selbst hatte zugeschlagen. Die roten Klinkersteine der neuen Hustadtkirche wurden eingeschwärzt — vom Ruß. So die ewig Gläubigen.

Werden wir sachlich. Zwei Stunden vor Ausbruch des Feuers wurde ein junger Mann beobachtet, der eine Streichholzschachtel in der Hand hielt. Bezeichnenderweise war er während des Brandes in der Hustadt nicht mehr gesichtet worden.

Etwa zur gleichen Zeit fiel einem Tankwart in Essen-Steele eine junge Frau auf, die sich einen Kanister voll Benzin füllen ließ. Sie gab an, ihr Wagen sei mit leerem Tank etwa 1 km vor der Tankstelle stehen geblieben.

Die intellektuelle Raffinesse dieser Aussage als auch das profihafte Untertauchen des beobachteten Mannes lassen darauf schließen, daß es sich bei den beiden Verdächtigen um Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande handelt. Sachdienliche Hinweise nimmt die BSZ-Redaktion entgegen.

Die „heile Welt" der Abt. Elektrotechnik

Die letzten Ereignisse in der Abteilung X (Elektrotechnik) lassen es geraten erscheinen, an dieser Stelle den katastrophalen Zustand dieser Abteilung der Universitätsöffentlichkeit deutlich zu machen. Die Zustände, die denen in der Abteilung VIII nahekommen, zeigen deutlich, daß die Reaktion nicht nur in einer Abteilung marschiert. Es werden: Assistenten unter Druck gesetzt; linke oder vermeintlich linke Studenten und Assistenten difamiert; selbst liberalen Leuten wird die Habilitation aus politischen Gründen versagt.

Es werden: Fakultätssitzungen abgehalten, die nicht beschlußfähig sind; auf diesen Fakultätssitzungen Dekan und Prodekan gewählt und dies alles geschieht mit Wissen des Rektorats und z. T. unter Protektion seines reaktionärsten Mitgliedes Kamke.

Gremienpolitik in der Abteilung Elektrotechnik oder wie verhindert man Mitbestimmung von Assistenten und Studenten

An der Abteilung Elektrotechnik wurde die Arbeit an der Abteilungssatzung im WS 70/71 von der Mehrheit der Hochschullehrer boykottiert. Daraufhin stellte die Abteilungsversammlung ihre Arbeit ein. Aus diesem Grunde existiert immer noch die Fakultät als beschließendes Organ für die Abteilung X. Die Stimmenverhältnisse in dieser Fakultät (2 Ass., 2 Stud. gegenüber 9 Hochschullehrern im SS 71) lassen es nicht zu, daß Studenten- oder Assistentenvertreter ihre Interessen wahrnehmen können.

Es gibt noch immer die sogenannte „Innere Fakultät", ein exklusiver Mauschelverein, dem nur die Hochschullehrer angehören, der z. B. über personelle Angelegenheiten der Abteilung entscheidet.

(Die ganze „Innere Fakultät" ist ein Sauhaufen.) Ein Professor der Abteilung:

Unseres Wissens gibt es das an dieser Universität nur noch in der Abteilung VIII. Damit befindet sich die Abteilung Elektrotechnik auch gleich in passender Gesellschaft.

Arg frustriert von den „Argumenten" verschiedener Hochschullehrer in der Fakultät, gaben die Assistenten- und Studentenvertreter jedoch nicht gleich auf. In der Hoffnung wenigstens die schlimmsten Dinge verhindern zu können, stellten sie am 25. 3. 71 sinngemäß folgende Anträge an die Fakultät:

1. **Beseitigung der „Inneren Fakultät"**
2. **Teilnahme von Assistenten- und Studentenvertretern mit Sitz und Stimme an Berufungskommissionen.**

Wie wimmelt man unerwünschte Anträge ab?

So könnte man die Ergebnisse der nun folgenden Fakultätssitzungen zusammenfassen.

Antworten:

1. Man setze sie fast an das Ende einer sehr langen Tagesordnung, mit der man sicher in einer Sitzung nicht zu Ende kommt.
(Prof. Fettweis, als Dekan)
2. Man erklärt, man würde ja gerne den gestellten Anträgen zustimmen, leider verböten das die gesetzlichen Bestimmungen.
(Einige Hochschullehrer der Abt. X)
3. Nachdem juristische Bedenken durch ein Gutachten ausgeräumt sind und die unerwünschten Anträge kurz vor ihrer Behandlung stehen, fällt einem schnell ein, daß man ja Gäste zu Hause erwarte, und macht die Sitzung durch Verlassen dieser beschlußunfähig.
(Dr.-Ing. habil. Haberey)

Es gibt noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten. Sollten Sie interessiert sein, fragen Sie beim Dekan der Abteilung Elektrotechnik nach. Er wird Ihnen sicher gern mit weitern Tips dienen.

Auch andere Beispiele zeigen, wie die Mehrheit der Hochschullehrer über demokratische Mitbestimmung denkt:

Bei der Erstellung einer neuen Diplomprüfungsordnung wurden nur Vorstellungen der Hochschullehrer berücksichtigt. Die dort mitarbeitenden Studenten wollten nicht länger als „demokratisches Feigenblatt" dienen und zogen sich von der Arbeit zurück.

Womit aber besonders aktive Studenten- und Assistentenvertreter zu rechnen haben, läßt sich am Habilitationsverfahren von Herrn Mildenberger ablesen, der vorher Assistentenvertreter in Fakultät und UP war.

Nach allem, was über dieses Verfahren bekannt wurde, muß angenommen werden, daß mindestens ein Hochschullehrer systematisch alles getan hat, um diese Habilitation zu verhindern.

Um ein solches Verfahren jetzt und in Zukunft zu verhindern, stellten die Studenten- und Assistentenvertreter in der gerade anstehenden Fakultätssitzung am 30. 6. 71 die Forderung nach einer Klärung dieser Vorfälle durch eine Diskussion. Diese Forderung wurde aus formalen Geschäftsordnungsgründen abgelehnt. Nur das Protokoll der Sitzung über das Habilitationsverfahren wurde den Studenten- und Assistentenvertretern verlesen. Danach sahen die Studenten- und Assistentenvertreter ihren Verdacht nur bestätigt. Es gab für sie keine Basis für eine Mitarbeit mehr, und sie zogen aus der Fakultätssitzung aus. Durch diesen Auszug wurde die Fakultät beschlußunfähig.

Die Studenten- und Assistenten machten folgende Essentials zur Voraussetzung für eine erneute Mitarbeit:

- **Überprüfung des genannten Habilitationsverfahrens**
- **Beteiligung von Assistenten und Studenten an allen Fakultätsentscheidungen**
- **Wiederaufnahme der Beratungen über die Abteilungssatzung.**

Die Beschlußunfähigkeit jedoch störte die Hochschullehrer wenig. Nach der ersten Unsicherheit auf der folgenden Fakultätssitzung erklärte man sich bei der nächsten beschlußfähig und wählte einen neuen Dekan und Prodekan.

(„Ich will nicht allein Dekan der Hochschullehrer sein." G. Schneider)

Herr Schneider, den dieses Los traf, nahm die Wahl vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung der Assistenten- und Studentenvertreter an, um einen letzten Vermittlungsversuch zu starten. Jedoch hatte er bei seinen reaktionären Kollegen kein Glück. Sie lehnten die oben genannten Forderungen ab.

Am 2. 11. 71 trat er deshalb zurück, weil er „nicht als nur von den Hochschullehrern gewählter Dekan weiterarbeiten möchte." Übrigens schloß sich der „Prodekan" anläßlich seiner Wahl „sinngemäß den von Herrn Schneider zu Protokoll gegebenen Feststellungen an." Er fand jedoch bis heute — wie erwartet — nicht den Mut zum Rücktritt.

Der desolate Zustand der Abteilung X zeigt sich auch in der Zahl und Qualität der Vorlesungen.

Das Lehrangebot

Mit Ausnahme der **guten Vorlesungen** der Herren Fettweis, Schneider und Wenzel sind die der anderen Professoren **schlecht.** Dieser Vorwurf bezieht sich auf die **thematische Auswahl,** die die Zuhörer zu einem demonstrativen Verlassen der Vorlesung nötigte (geschehen in einer der beiden Vorlesungen, die Herr Severin zu halten sich verpflichtet fühlte). Er bezieht sich auf die **Qualität der Vorlesung allgemein,** deren Niveau sich in Sätzen äußert, wie: „ . . . im Endeffekt würde die „exakte" Theorie wesentlich ungenauere Ergebnisse liefern als die „ungenaue" Näherungslösung." (Nachzulesen im Skriptum von Herrn Depenbrock, dem es, sofern er ein Skriptum herausgibt, mühelos gelingt, einen Hörsaal bis zum kümmerlichen Rest von fünf Zuhörern leerzulesen).

(„Ein H4-Mann ist nach allen Seiten gleichmäßig qualifiziert." M. Depenbrock)

Hoffnungsvolle Studenten, die meinen, wenigstens in 10 Stunden Wahlfächern von 197 Stunden des Pflichtstudienplanes das hören zu können, was sie interessiert, werden enttäuscht. Angeboten werden ca. 15 Stunden Wahlvorlesungen im WS 1971/72.

Prüfungsordnung

Ausgeglichen werden soll dieser Vorlesungsstil offensichtlich durch eine scharfe Prüfungsordnung. (Zur Zeit nach dem 2., 4., und 8. Semester Prüfungen mit **Klausuren in sämtlichen Semesterferien).** Ersetzt werden soll diese Prüfungsordnung nach professoralen Vorstellungen durch die „effektivere" Form der Prüfungen nach dem 2., 4., 6., und 8. Semester.

(„Jeder Mensch kann soviel leisten, wie von ihm verlangt wird." M. Depenbrock)

Wie zu sehen, läuft die Hochschulformierung in der Abteilung X schon auf vollen Touren, nur mit dem Unterschied, daß es des äußeren Druckes der Kultusbürokratie gar nicht bedarf. Herr Schneider steht mit der Erkenntnis: „Dieser Studienplan und diese Prüfungsordnung lassen ihnen ja gar keine Zeit, sich Gedanken zu machen" — allein. Es kann auch sein, daß das Sich-Gedanken-Machen in dieser Abteilung gar nicht erwünscht ist.

Die Zustände in dieser Abteilung sind auch andererorts bekannt: Die Oberpostdirektion Düsseldorf empfahl einem Kommilitonen, der wegen eines Stipendiums nachfragte, doch die Hochschule zu wechseln, da die Ausbildungsqualität in Bochum einfach zu schlecht sei.

Aktions- und Informationstage zum Hochschulrahmengesetz

29. 11., 15 Uhr, HZO 10
Zentrales **TEACH-IN** zum Hochschulrahmengesetz

30. 11., 11 Uhr, HZO 10
Uni-Vollversammlung

1. 12.: **Abteilungsvollversammlungen**

Während aller Veranstaltungen fallen die Lehrveranstaltungen aus. Der Hauptausschuß des UP hat alle Mitglieder der Universität aufgefordert, an den Veranstaltungen der Aktions- und Informationstage teilzunehmen.

Organisiert den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz!
Kampf der kapitalistischen Studienreform!
Beteiligt euch an den Aktionstagen!

Der Kommentar

Am 6. 10. 1971 trug Herr Fettweis den habilitierten Kollegen ein Klagelied über „die katastrophale Lage der Ingenieurwissenschaften an der RUB vor": (sinngemäß) „Es geht im wesentlichen um die Ihnen auch bekannte Tatsache, daß hier kein ordentliches Studium zu sichern ist. Kein qualifizierter Wissenschaftler ist noch bereit, an die Hochschule zu kommen. Die Hochschule ist einfach keine Alternative mehr zu Wirtschaft und Industrie. Der Gesundheitszustand einiger Kollegen ist geradezu katastrophal. Dadurch haben die übrigen eine erhebliche Lehrbelastung, und es sind keine neuen Kollegen zu gewinnen. Jemanden zu überzeugen herzukommen, ist menschlich eine Unehrlichkeit. Außerdem ist das Ruhrgebiet nicht attraktiv. — Ja, also das waren die Sorgen, die wir (Fettweis und sein Amts- und Gesinnungsgenosse Hornbogen, Abt. IX) auch dem Minister vorgetragen haben — aber der Minister ist anscheinend nicht an Professoren interessiert."

Herr Fettweis hat recht; und er weiß auch, wer an diesem desolaten Zustand schuld ist: „Es gibt an dieser Hochschule noch immer Kräfte, welche die Ingenieurwissenschaftler nicht leiden mögen. Ich kenne die Namen, aber ich bin zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das UP ist zum großen Teil von Leuten besetzt, die etwas gegen Ingenieure haben. Dazu gehören vor allem die linken Gruppen."

Bleibt hier die Stimmungsmache gegen die Linken pauschal und dumm (Welche linken Gruppen halten das UP besetzt?), so wird sie zur präziseren Diffamierung, wenn Herr Fettweis die Ursache der Erkrankungen seiner Kollegen erläutert: „die ständige Konfrontation mit den Assistenten und Studenten".

Meinen Sie, Herr Fettweis, Studenten und Assistenten seien schuld daran, wenn

- **Herr Depenbrock beim Bekanntwerden seines Erpressungsversuchs zittrige Hände hat?**
- **Herr Severin, nachdem die Studenten seine unqualifizierte Vorlesung geschlossen verließen, deprimiert ist?**
- **Herr Laukien sich im Dienste der Privatwirtschaft so engagiert, daß er einen Herzinfarkt bekommen hat?**
- **Herr Kneller wegen Unfähigkeit zu vernünftiger Arbeitseinteilung ständig überarbeitet ist?**

Man darf nicht übersehen, daß einzelne Professoren auch von ihren Kollegen unter Druck gesetzt werden.

(Frage von Herrn Fettweis, als bekannt wurde, daß Herr Schwartzkopff an der Herausgabe eines Bildbandes über die Propsteikirche beteiligt ist: „Ist Herr Schwartzkopff überhaupt Katholik?")

Wer nicht wie die Mehrheit gegenüber Assistenten und Studenten starr auf der Wahrung der alten Privilegien besteht, isoliert sich in der Fakultät und wird Repressionen ausgesetzt.

Die Unterdrückung der Habilitierten ohne Lehrstuhl ist so offensichtlich, daß z. B. Herr Neumann als „Severins Hund" bekannt ist, wodurch auch zum Ausdruck gebracht wird, daß diesen Herren, nämlich Neumann, Hahn und Haberey das Rückgrat längst gebrochen ist.

Mitleid verdienen sie trotzdem nicht, wenn sie nach unten treten: z. B. war Herr Haberey einer der entschiedensten Ablehner der Habilitation von Herrn Mildenberger.

(Herr Severin anläßlich einer Fakultätssitzung, die sich mit den Anforderungen an zukünftig zu berufende H2- und H3-Hochschullehrer befaßte, sinngemäß: „Diese Leute müßten schon wenigstens das Niveau von Herrn Haberey haben.")

Herr Fettweis sollte — so schwer es ihm fallen mag — aufrichtig sein und zugeben, daß **Professoren, nicht Studenten oder Assistenten,** die Abteilung Elektrotechnik zugrunderichten, hauptsächlich die Dekane Severin, Kneller, Depenbrock und Fettweis. **Severin war unfähig zu verhindern, daß die Anzahl der Lehrstühle für die Abteilung von 15 auf 8 zusammengestrichen wurde,** und die nächsten Dekane haben sich ganz allgemein unfähig gezeigt, das Dekanat zu führen: seit drei Jahren herrscht Schlamperei vor, bei Depenbrock etwas weniger als bei Kneller und Fettweis.

Aus Konkurrenzneid werden Initiativen von Assistenten und Studenten vereitelt, indem z. B. von diesen angebotene Lehrveranstaltungen unterbunden werden. Vor zwei Jahren gab es einen nicht genehmigten Numerus clausus, um „eine arbeitsfreudige Elite heranzubilden, statt sich mit riesigen Studentenmassen abzuplagen" (Kneller).

Die politischen Motive der Hochschullehrer

Welche Motive außer Nachlässigkeit und Bequemlichkeit bestimmen die Handlungen und Unterlassungen der Hochschullehrer, nicht nur in der Abteilung Elektrotechnik? Durchweg sind die Professoren konservativ, obwohl sie sich selbst für fortschrittliche Männer einer „vernünftigen, pragmatischen Mitte" halten. Sie erklären sich für „unpolitisch" und sind z. T. wohl auch naiv genug, unpolitisches Handeln für möglich zu halten.

Bewußt oder unbewußt aber dienen sie mit ihrem konservativen Gedankengut und ihrer daraus sich ergebenden Tätigkeit der entschieden politischen Ministerialbürokratie und der mit dieser zusammenarbeitenden Industrie und Wirtschaft. Diesen politischen Mächten ist völlig klar, daß jede Veränderung der gegenwärtigen Zustände nur zu ihrem Nachteil, d. h. zu Machtverlust führen wird: folglich sind sie konservativ.

Die Professoren, welche diese konservative Politik fördern, sind also — wie man emotionslos feststellen muß — reaktionär. Die Änderung der Verhältnisse in den Fakultäten ist somit wie überall in der Gesellschaft eine Machtfrage.

M. D.

Die BSZ interviewt Mildenberger

Zur großen Überraschung der Studenten und Assistenten der Abteilung X wurde die Habilitation des Wiss. Assistenten Otto Mildenberger von der „engeren Fakultät" der Abteilung X endgültig abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte nicht etwa aufgrund negativer Fachgutachten sondern deshalb, weil bei einigen Hochschullehrern der Verdacht bestehen soll, daß sich Dissertations- und Habilitationsarbeiten nicht genügend unterscheiden sollen. Diesem Verdacht wurde von den fachkundigen Hochschullehrern der Abteilung zwar entgegengetreten, doch konnten sich diese nicht gegen eine Minderheit nichtfachkundiger Kollegen durchsetzen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht. Er besteht der Verdacht, daß nichtfachliche Gründe für die Ablehnung der Habilitation maßgebend waren. Dieser Verdacht wurde nach unseren Informationen auch von Mitgliedern der engeren Fakultät offen ausgesprochen. Herr Mildenberger soll im Laufe seines Habilitationsverfahrens von einer Gruppe von Hochschullehrern politisch erpreßt worden sein. Zu diesem Thema befragten wir Herrn Mildenberger.

BSZ: Herr Mildenberger, es wird behauptet, Sie seien im Zusammenhang mit Ihrem Habilitationsverfahren von Hochschullehrern erpreßt worden. Stimmt dieser Vorwurf, wenn ja, wer hat Sie erpreßt, wie ist dies geschehen?

Mildenberger: Prof. Depenbrock bat mich am Vorabend der Fakultätssitzung, in der die Aufnahme des Habilitationsverfahrens beschlossen werden sollte, um Auskunft, ob ich die Essentials der Hochschullehrer der Abteilung X unterschreiben würde. Ich habe mich tatsächlich durch das Verlangen einer solchen Auskunft zu diesem Zeitpunkt stark unter Druck gesetzt gefühlt. Ich nehme an, daß sich Ihre Frage auf diesen Sachverhalt bezieht.

BSZ: Können Sie uns kurz den Inhalt der Essentials nennen?

Mildenberger: Es handelt sich um einige Punkte, die die Hochschullehrer als Essentials für die zu erarbeitende Abteilungssatzung ansehen. Ich stelle Ihnen gern das Exemplar zur Veröffentlichung zur Verfügung, das mir Herr Prof. Depenbrock aus gegebenem Anlaß überlassen hat.

BSZ: Wie haben Sie auf das Ansinnen des Herrn Depenbrock reagiert?

Mildenberger: Zunächst erbat ich eine Bedenkzeit bis zum folgenden Tag. Ich habe sofort mit meinem Chef, der damals zusätzlich Dekan war, über diese Angelegenheit gesprochen. Mein Chef hat die Aktion des Herrn Depenbrock damals als nicht sehr glücklich empfunden. Er hat mir den Rat gegeben, Herrn Depenbrock zu sagen, daß ich eine Äußerung zu den Essentials im gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnen müsse, da ich als evtl. zukünftiger Hochschullehrer freie Entscheidungen über meine Handlungen haben müsse.

BSZ: Wie reagierte Herr Depenbrock auf Ihre Antwort?

Mildenberger: Er akzeptierte meine Antwort und bemerkte, dies sei auch eine Stellungnahme.

BSZ: Worin sehen Sie den Grund, daß Herr Depenbrock Sie aufgefordert hat, dise Essentials zu unterschreiben?

Mildenberger: Er selbst hat sich in einer Studentenversammlung vor einigen Tagen dazu geäußert und erklärt, daß er lediglich eine Auskunft über meine Meinung zu den Essentials gewollt hätte. Es ist sehr anzuzweifeln, daß er hier noch eine Auskunft benötigte. Herr Depenbrock kannte meine Einstellung aus einer längeren Zeit, in der ich als Assistentenvertreter tätig war. Während dieser Zeit hatte ich öfters Auseinandersetzungen mit Herrn Prof. Depenbrock.

BSZ: Worum ging es in diesen Auseinandersetzungen?

Mildenberger: Ich hatte z. B. in der 1. UP-Sitzung der RUB erklärt, daß in der Abteilung X Zulassungsbeschränkungen ausgeübt würden, obschon der Rektor zuvor auf die Nichtexistenz einer entsprechenden Genehmigung hingewiesen hatte. Dieser Hinweis hat in der Fakultät lange Diskussionen hervorgerufen. Herr Depenbrock nannte mein Verhalten damals abteilungsschädigend.

BSZ: Die Habilitationsordnung der Abteilung X sagt aus, daß zur Aufnahme eines Habilitationsverfahrens eine Diskussion über den Charakter des Kandidaten stattfinden muß. Glauben Sie, daß hier erhobene Vorwürfe auch auf den weiteren Verlauf des Verfahrens Einfluß gehabt haben?

Mildenberger: Es muß keine Diskussion über den Charakter des Kandidaten stattfinden. Richtig ist allerdings, daß der Dekan über den Charakter des Kandidaten zu berichten hat. Die Fakultät stimmt dann mit einfacher Mehrheit über die Aufnahme und damit über den Charakter ab. Bei der Diskussion über meinen Charakter haben zweifellos meine Tätigkeiten in der Selbstverwaltung eine Rolle gespielt. Ich kann mich dort allerdings nur auf vertrauliche Mitteilungen einiger Hochschullehrer berufen. Im weiteren Verlauf kann der Charakter nach der Habilitationsordnung eigentlich keine Rolle mehr spielen.

BSZ: Stimmt es, daß Herr Depenbrock mit zwei weiteren Hochschullehrern bereits gegen die **Aufnahme** Ihres Habilitationsverfahrens gestimmt hat, aus welchen Gründen kann dies geschehen sein?

Mildenberger: Nach meinen Informationen haben neben Herrn Depenbrock noch zwei weitere Hochschullehrer gegen die Aufnahme des Verfahrens gestimmt. Der Grund ist mir nicht bekannt, er könnte sich aus der Diskussion über meinen Charakter ergeben haben.

BSZ: Herr Depenbrock wurde von der Fakultät mit der Einholung der Fachgutachten beauftragt. Ist Herr Depenbrock Fachmann auf Ihrem Arbeitsgebiet?

Mildenberger: Auch bei weitgehender Auslegung kann Herr Depenbrock nicht als Fachmann auf meinem Arbeitsgebiet angesehen werden. Ich war über diese Benennung von Herrn Depenbrock bestürzt, da ich, wie vorher begründet, Zweifel an seiner Neutralität haben mußte. Ich habe mein Befremden über diese Benennung dem Dekan der Abteilung X mitgeteilt.

BSZ: Von wem sind die Gutachten eingeholt worden und wie lauten diese Gutachten?

Mildenberger: Laut Habilitationsordnung bleiben Gutachter und Gutachten geheim. Es ist allerdings abteilungsbekannt, daß vier von fünf eingeholten Gutachten zu einer positiven Aussage kommen. Nach Ansicht von Fachleuten in der Abteilung soll das fünfte Gutachten unqualifiziert sein.

BSZ: In anderen Abteilungen werden nur zwei Gutachten verlangt?

Mildenberger: In der Abteilung X sind drei Gutachten vorgeschrieben, in meinem Fall hat man diese Zahl auf fünf aufgerundet.

BSZ: Sind die Studenten und Assistenten an dem Verfahren beteiligt?

Mildenberger: Nein, obschon das Hochschulgesetz eine Beteiligung vorsieht, wurde ein entsprechender Antrag abgelehnt.

BSZ: Wie haben die Studenten und Assistenten in Ihrer Abteilung reagiert?

Mildenberger: Die Studenten- und Assistentenvertreter haben ihre Mitarbeit in der Fakultät unter Protest eingestellt. Dieser Schritt soll erst dann rückgängig gemacht werden, wenn die Transparenz aller Entscheidungen in der Fakultät gewährleistet wird.

BSZ: Planen Sie Schritte gegen Form und Ergebnis des Verfahrens?

Mildenberger: Ich habe den Rektor bereits um eine Überprüfung des Verfahrens gebeten, eine Antwort steht noch aus. Weitere rechtliche Schritte behalte ich mir vor.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Kampf der kapitalistischen Studienreform

Fortsetzung von Seite 1

d. h. die Implikationen einer staatlichen Reform von Studium und Prüfungen (s. letzte BSZ) für Studienbetrieb, Studienziele, Lehr- und Lerninhalte, Personalstruktur, Forschungsbetrieb diskutiert werden. **Dabei müssen Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit Lehr- und Lernformen, Studieninhalten, Berufsperspektiven etc. auseinandersetzen, daraus inhaltliche Alternativen zur staatlichen Hochschul- und Studienreform entwickeln und diese in den Abteilungen auch durchzusetzen versuchen.**

Die Aktions- und Informationstage zum HSchRG können die Verabschiedung des HSchRG nicht verhindern; eine solche Illusion wollen wir von vornherein nicht aufkommen lassen. Auch grundlegende Veränderungen des Gesetzes können wir durch ein moralisches Aufbäumen nicht erreichen.

Sollte das HSchRG überhaupt noch geändert werden, dann allenfalls in der Richtung, daß die große Koalition im Bildungsbereich, die sich beim Erstellen des Bildungsgesamtplans schon angebahnt hat, auch auf das HSchRG übergreift und es der CDU gelingt, noch stärker repressive Regelungen im HSchRG zu verankern.

Kämpft für Eure Interessen!

Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz kann deshalb nicht heißen, Kampf gegen die Verabschiedung oder gegen einzelne besonders reaktionäre Bestimmungen des HSchRG.

Wir müssen dieses Gesetz vielmehr dort bekämpfen, wo es sich in seinen Auswirkungen auf das Studium für uns konkretisiert.

Gegen Betrebungen, das Studium den Verwertungsinteressen des Kapitals unterzuordnen, müssen wir **durch kollektive Arbeitsformen diese Mechanismen zu durchbrechen versuchen und uns so zu solidarischem Verhalten und der Fähigkeit, unsere Interessen kollektiv durchzusetzen, erziehen.**

Die Fachschaftsvertreter treffen sich heute, 18 Uhr, im Haus der Freunde (Bar 3), um über die weiteren Vorbereitungen für die Aktionstage zu diskutieren!

Zur Verteidigung US-imperialistischer Interessen:

Faschisierung der Türkei

In den letzten Wochen machten mehrfach Demonstrationen der türkischen „Patriotischen Einheitsfront", durchgeführt mit Unterstützung der KPD/ML, auf die faschistischen Terrormaßnahmen des Regimes in Ankara aufmerksam. Die Türkei wird inzwischen zu einem zweiten Griechenland. Mehrere Dutzend Todesurteile gegen türkische Patrioten wurden bereits verhängt. In einem Artikel der unter den Bedingungen des Kriegsrechts herausgegebenen türkischen marxistisch-leninistischen Zeitung SAFAK (Die Morgenröte), aus dem die BSZ Auszüge veröffentlicht, wird die Rolle des US-Imperialismus und der NATO bei der Faschisierung der Türkei untersucht.

„Die Errichtung des Faschismus in der Türkei und sein wilder Angriff auf das Volk hängt mit den Entwicklungen in der ganzen Welt und im Nahosten auf das Engste zusammen. Die Krise des imperialistischen Weltsystems vertieft sich mit immer größerer Geschwindigkeit. Die Erschütterung in der USA-Ökonomie und die letzte Dollar-Krise sind nur einige Anzeichen. Lohn- und Preiskontrollen, die Untersuchung der Währungssysteme sind weitere, die verdeutlichen, welch eine extreme Phase die Krise schon erreicht hat. Der Imperialismus, der sich auf der ganzen Welt zu seinem Niedergang fortentwikkelt, wird um so aggressiver, je mehr er zusammenbricht.

Der USA-Imperialismus bereitet im Nahosten neue Aggressionen vor und intensiviert dort seine Kriegshetze.

Während die USA-Imperialisten mittels der israelischen Aggressoren neue Komplotts gegen die arabischen und palästinensischen Völker aushecken, bereiten sie gleichzeitig mörderische Pläne zur Verwandlung Zyperns zu einem NATO- und USA-Stützpunkt vor.

Die NATO, die Organisation zur Verteidigung der aggressiven Interessen der USA, erteilt der türkischen Armee die Aufgabe, im Nahosten Gendarmdienste für den USA-Imperialismus zu leisten. Vor 20 Jahren schaffte es der USA-Imperialismus, das Tausende von türkischen Soldaten für seine imperialistischen Interessen in Korea ihr Leben lassen mußten. Heute jedoch weiß der Häuptling der USA-Imperialisten, Nixon, als auch die faschistische Clique von Sunay und Tagmac (der Staatspräsident und der oberste Stabschef) sehr gut, daß unser Volk sich gegen die Einsetzung der türkischen Armee gegen andere Völker für die Verteidigung der Interessen der USA-Aggressoren auf das heftigste widersetzen wird.

Deshalb wird in diesen Tagen von seiten der faschistischen Clique einerseits eine heuchlerische proamerikanische Propaganda gemacht, während sie andererseits den Rassismus schürt und eine niederträchtige Propaganda durchführt, die einen Angriff auf die anderen Völker als gerechtfertigt erscheinen lassen soll. Hinzu kommt, daß durch einen Terrorplan die faschistische Clique unser Volk vollständig zum Schweigen bringen will; sie will alle Kräfte, die gegen diese aggressive Politik den Mund aufmachen, brutal niederdrücken. Das ist die andere Seite der Aufgabe, die der Junta in Ankara gegeben wurde.

Freundschaft Athen — Ankara

Diese Aufgabe ist zweifelsohne mit dem Vorhaben der USA, Zypern in einen „sicheren" NATO-Stützpunkt zu verwandeln und ihre Bedrohung und Aggression im Nahosten zu intensivieren, verbunden. **Die Faschisten aus Athen und Ankara bekundeten in einem gemeinsamen Kommuniqué die niederträchtige Absicht, gegen Zypern gemeinsam vorzugehen. Die Verwandlung Zyperns in einen sicheren NATO- und USA-Stützpunkt stellt eine große Bedrohung für die Völker des Nahostens dar. Diese Bedrohung richtet sich sowohl gegen die arabischen und palästinensischen als gegen Völker der Türkei und Griechenlands. Alles, was die USA in diesem Gebiet stärkt, verstärkt die Unterdrückung und Ausbeutung unseres Volkes.**

Das sind die wahren Gründe, warum die pro-amerikanischen faschistischen Junten von Athen und Ankara auf einmal so freundlich zueinander sind. Sie sind begeistert über die Durchführung des Plans des CIA, in der Türkei eine proamerikanische faschistische Diktatur zu errichten ...

Die Faschisten von Athen und Ankara sind mit den israelischen Aggressoren die Kettenhunde der USA im Nahosten. Die USA-Imperialisten planen, mit ihrer Hilfe die Völker des Nahostens gegeneinander aufzuhetzen. Die imperialistischen Mörder werden nicht davor zurückschrecken, Hunderttausende von Menschen, Tausende von Werktätigen für die Interessen der amerikanischen Monopole in den Krieg zu treiben.

Auch die jüngst stattgefundene Truppenübung YAVUZ 71 im Südosten unseres Landes hängt mit diesem mörderischen Plan der NATO zusammen. Diese Übung hat nichts mit der Verteidigung des Landes zusammen. Zweierlei Bedeutung kommt ihr zu:

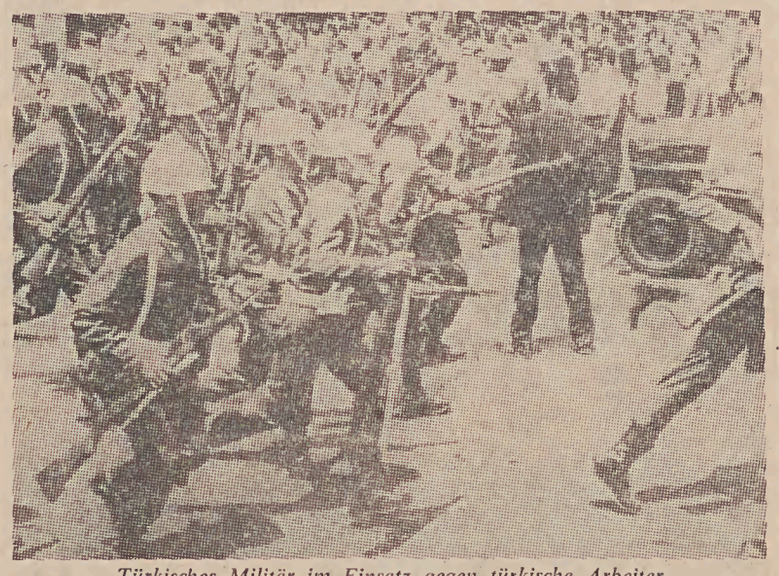
— **Erstens soll die türkische Armee bei einer Aggression der USA-Imperialisten im Nahosten gegen die arabischen Völker als eine Gendarmenkraft benutzt werden**

— **Zweitens bedeutete die Übung YAVUZ 71 die Generalprobe des Mord- und Unterdrückungsplanes der faschistischen Generalenbande gegen das kurdische Volk.**

Diese mörderischen Pläne der USA sollen mit dem Leben und Blut von Tausenden von Soldaten, Werktätigen der Türkei, mit dem Leben und Blut der Söhne der Völker der Türkei bezahlt werden. Es ist kein Zufall, daß dieser agressiven Übung der Name des osmanischen Eroberers und Plünderers Yavuz Sultan Selim gegeben wurde, der während seiner Herrschaft Tausende von türkischen und aliitischen Bauern niedermähen ließ und Eroberungs- und Raubzüge nach Syrien und Ägypten durchführte. Diese Übung dient nicht den Interessen der Völker, sondern zielt ganz im Gegenteil darauf ab, im Interesse der amerikanischen Geldsäcke und einer Handvoll ihrer Kollaborateure im Nahosten die Völker der Türkei gegen ihre arabischen Brüdervölker aufzuhetzen. Die Übung YAVUZ 71 zielt außerdem darauf ab, die Völker der Türkei zu spalten. Die USA-Imperialisten und die NATO haben die Aufhetzung des türkischen und kurdischen Volkes gegeneinander geplant, um den revolutionären Kampf der Volksmassen auszumerzen.

All dies ist nichts anderes als die Anwendung der faschistischen Nixon-Doktrin der „Aufhetzung der Asiaten gegen die Asiaten" in den Ländern des nahen Ostens. Diese Doktrin wird auch gegen die Völker von Vietnam, Laos, Kambodscha und Thailand angewendet, indem man die Armeen der faschistischen Marionettenregimes gegen die heldenhaften indochinesischen Völker mobilisiert ...

In den ostanatolischen Städten Diyarbakir, Siirt, Maras, Malatya und im ganzen ostanatolischen Gebiet werden an den Markttagen der Woche militaristische Paraden veranstaltet. Durch die Kommandoüberfälle auf die kurdischen Dörfer wird versucht, die Bevölkerung mürbe zu machen. All das sind die wilden Angriffe gemäß den NATO-Plänen, nach denen die türkische Armee auch Gendarmendienste bei den Aktionen der Niederdrückung der Werktätigen der Türkei leisten soll.



Türkisches Militär im Einsatz gegen türkische Arbeiter

Während die USA-Imperialisten der türkischen Armee die Aufgabe geben, sich als ihre wilde Gendarmenkraft im Nahosten bei der Niederhaltung der Völker — einschließlich der Völker der Türkei — zu betätigen, legen sie sehr großen Wert darauf, einen Teil der Paschas (Generale) von sich in jeder Hinsicht abhängig zu machen. Sie sollen damit die unmittelbaren Partner der amerikanischen Interessen in der Türkei werden.

Sämtliche Offiziere sollen daneben durch die „Gesellschaft der gegenseitigen Hilfe der Armee" (OYAK) zu Partnern des imperialistischen Kapitals gemacht werden. Diese bittere Wahrheit muß von den Offizieren und von unserem Volk begriffen werden.

Auf der Generalversammlung der OYAK hat deren Vorsitzender, General Fikret Elbizim, dies alles sehr klar gezeigt, als er darauf hinwies, daß das Kapital der OYAK auf die Summe von 1,5 Milliarden Lira angewachsen ist. Dieses Riesenkapital, das sich aus den Abzügen von den Offiziersgehältern zusammensetzt, hat sich an 41 Unternehmen beteiligt. Wie Elbizim erklärte, sind 13 dieser Unternehmen ausländische, was er jedoch nicht sagte ist, daß die Summe der Investitionen dieser 13 ausländischen Unternehmen innerhalb des Gesamtinvestitionsvolumens der OYAK die Mehrheit ausmacht.

Die Investitionen, an denen sich die OYAK beteiligt, haben nichts mit der Industrialisierung und Entwicklung der Türkei und der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse des Volkes zu tun. Eins der Unternehmen der OYAK z. B., die Renault-Autofabrik ist ein Montagewerk und montiert Personenwagen in einem Land, wo Millionen von Menschen kein Dach über dem Kopf haben, und deren grundlegendsten Bedürfnisse überhaupt nicht befriedigt werden.

Wie daraus ersichtlich ist, ist die **OYAK**, die zum Partner des Imperialismus gemacht wurde, aufgrund dieser Partnerschaft von den Bedürfnissen und Interessen der werktätigen Massen entfernt. Sie bäumt sich sogar als eine mit dem Imperialismus kollaborierende Riesenunternehmung gegen die Unabhängigkeitsbewegung der Türkei und unseres Volkes auf. Aus diesem Grunde wird das Wachstum der **OYAK**, die die Offiziere auch in materieller Hinsicht — neben der ideologischen — an den Imperialismus bindet, gefördert ...

Trotz all den Plänen und wilden Terrormaßnahmen, die von den Imperialisten inszeniert werden, beeinflußt der revolutionäre Kampf unseres Volkes die Armee immer mehr.

Der Befreiungskampf unseres Volkes, an dem sich die Soldaten und die patriotischen Offiziere beteiligen werden, wird gewiß den Sieg erringen. Es kann keine „nationale Verteidigung" von dieser Armee erwartet werden, die ihre Aufgaben vom USA-Imperialismus erhält und unter der Befehlsgewalt der faschistischen Clique steht. Die Kraft, die die Völker der Türkei verteidigen wird, ist die bewaffnete Kraft des Volkes!

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Uni-„Reform"

Universitäts„reform" in der Türkei könnte bald zum Muster auch für bundesdeutsche Hochschulen werden. Der Gesetzesentwurf, den die Militär-Junta eingebracht hat, wird den kühnsten Träumen von Leussink, Rau etc. gerecht.

Eine der wichtigsten Bestimmungen der Vorlage sieht vor, daß eine Universität auf Verlangen des Erziehungsministers, des Ministerpräsidenten oder des Rektors für einen Zeitraum von bis zu zwei Monaten direkt der Regierung unterstellt werden kann, falls dies durch andauernde Studentenunruhen erforderlich werden sollte.

Durch das neue Universitätsgesetz soll außerdem ein „Ausschuß für höhere Erziehung" eingerichtet werden, der sowohl die staatlichen als auch die privaten Universitäten überwacht. Er soll sich aus je einem Vertreter der Universitäten und einer gleichen Anzahl von Regierungsvertretern zusammensetzen. Den Vorsitz führt der Erziehungsminister. **Schließlich sieht die Vorlage verschärfte Strafen für Studenten vor, die gegen Universitätsbestimmungen verstoßen.**

Ein weiterer Schritt im Kampf der türkischen Faschisten gegen revolutionäre Studenten.

Polizei- und Militärüberfall auf südkor. Universitäten

Polizei- und Militäreinheiten sind am 15. Oktober 71 brutal gegen die gegen das südkoreanische Marionettenregime Park Chung Hee, gegen Wirtschaftskrise, Korruption und Zensur kämpfende, südkoreanische Studentenbewegung vorgegangen. Sieben Universitäten wurden besetzt. 1900 Studenten wurden vorübergehend festgenommen. 92 Genossen verhaftet. 80 Genossen, die aus Protest gegen die widerrechtliche Verhaftung von fünf anderen Studenten und gegen die umsichgreifende Korruption im Lande in einen Hungerstreik getreten waren, wurden nach einer Räumaktion von Fallschirmjägern festgenommen.

Zehn Universitäten des Landes wurden auf unbegrenzte Zeit geschlossen. 125 Studenten wurden relegiert. Einige Tage später löste die Marionetten-Regierung Park Chung Hee als Reaktion auf die Studentenproteste gegen die militärische Ausbildung der Studenten alle südkoreanischen Studentenverbände auf. Die südkoreanische Krise wird immer tiefer. Die ausgewachsene Wirtschaftskrise — verstärkt durch den US-amerikanischen außenwirtschaftlichen Restriktionskurs — läßt sich nicht mehr verheimlichen. Die Park Chung Hee-Clique ist nach den Massen-Demonstrationen der vergangenen Monate schwer angeschlagen und in sich zerstritten.

Selbst das bundesrepublikanische Kapitalistenblatt-Frankfurter Allgemeine Zeitung kann nicht umhin festzustellen: „Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, in dem Südkorea den Dialog mit dem kommunistischen Nordkorea begonnen hat, rutscht es in eine Periode innerer Schwäche. Die Autorität des Präsidenten, keineswegs so unumstritten, wie Außenstehende vielfach meinen, wurde herausgefordert. Die Regierungspartei ist in zwei Lager gespalten, die um die Macht kämpfen. **Nixons neue amerikanische Wirtschaftspolitik bedroht den weiteren Aufbau der Wirtschaft Koreas.** In der Bevölkerung macht sich Unrast bemerkbar, allzumal bei der studierenden Jugend und jenem Teil der Städter, die ihr Leben gerade noch fristen können. Korruptionsskandale mehren sich." (FAZ, 18. 10. 71, S. 2)

Das alles ficht die Brandt-Scheel-Regierung nicht an. **Nach wie vor werden Millionenbeträge in das südkoreanische Korruptionsfaß gebuttert,** das einst OSI-Emeritus Prof. Fraenkel als Berater Syngman Rhees entwickeln half. **Nach wie vor treiben südkoreanische Spitzel ihr Unwesen in der Bundesrepublik und terrorisieren die in der BRD arbeitenden und studierenden Südkoreaner.** Dieser Maffia muß das Handwerk gelegt werden!

Entlarvt die Machenschaften der südkoreanischen Botschaftsmaffia! Informiert die z. T. gegen ihren Willen in der BRD arbeitenden Bergleute, Krankenschwestern und Studenten über die wirkliche Lage in Korea!

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DES SÜDKOREANISCHEN VOLKES UM WIEDERVEREINIGUNG, FREIHEIT UND SOZIALISMUS!
FREIHEIT FÜR DIE VERHAFTETEN SÜDKOREANISCHEN GENOSSEN!
NIEDER MIT DER PARK CHUNG HEE CLIQUE!

(Informationsmaterial beim Deutsch-Koreanischen Solidaritätskomitee, 6 Ffm, Adalbertstr. 6 und: Verlag Roter Stern, 6 Ffm, Unterlindau 74 und: SAG-Informationsveranstaltung.)

Solidarität mit der Koreanischen Revolution

Veranstaltungsreihe des AStA Bochum und der sozialistischen Abteilungsgruppen (SAG) von Donnerstag, 18. 11. bis Dienstag, 23. 11, täglich mittags Informationsausstellung mit Fotomaterial in der MENSA.

Montag, 22. 11., 18.00 Uhr, HZO 10: Teach-in mit Berichten von zwei Genossen des deutsch-koreanischen Solidaritätskomitees über den Aufbau des Sozialismus in Korea und die aktuelle Situation in Südkorea.

Filme über die Kämpfe, die zum Sturz des Singman-Rhee-Regimes führten!

Film über die Pueblo-Spionageaffäre.

Dienstag, 23. 11., 18.00 Uhr, HZO 10: 4-Stunden-Farbfilm „UNTER DEM VOLK". Über Befreiungskampf des koreanischen Volkes und japanischen Besatzer.

Einleitendes zu der Frage der Übergangs-Gesellschaften

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes ist als die revolutionäre Diktatur des Proletariats" (Marx, 1). Mit der Revolution von 1917 in der Sowjet-Union, der Entstehung volksdemokratischer Staaten nach der Niederlage des Faschismus in Osteuropa, dem Sieg der chinesischen, nordkoreanischen, nord-vietnamesischen und kubanischen Revolution wird die Frage der sozialistischen Perspektive, der realen Formen und Inhalte sozialistischer Umwälzungen zum unmittelbaren Bestandteil der politischen Strategien und Perspektiven für den Kampf in den kapitalistischen Ländern. Mit der Existenz von Gesellschaftsformen, die weder als kapitalistisch noch als kommunistisch zu charakterisieren sind, ist die Entwicklung der sozialistischen Revolution untrennbar verbunden mit einer kritischen Auseinandersetzung über die Erfahrung dieser Länder. Für die sozialistischen Gruppen und Organisationen in der BRD bedeutet dies in erster Linie, die Auseinandersetzung mit der DDR und ihrem bundesrepublikanischen Ableger, der DKP, zu führen und die historischen Erfahrungen eines mißglückten Experiments des sozialistischen Aufbaus zu berücksichtigen.

Der Charakter der Übergangsgesellschaften

Seit einigen Jahren wird eine Auseinandersetzung über den Charakter der Übergangsgesellschaft geführt. Insbesondere das Lager der SU, der DDR usw. theoretisiert die Übergangsgesellschaft als eine eigenständige Gesellschaftsformation. So schreibt zuletzt Wilhelm M. Breuer in der DKP-usupierten Zeitschrift Sozialistische Politik: „Übergang ist der Sozialismus nur in dem Sinne, daß er die Vorstufe zum Kommunismus ist, gleichzeitig ist er jedoch auch bereits die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise." (2)

Walter Ulbricht selbst formulierte dieses gängige, dennoch falsche Theorem selbst: „... der Sozialismus (ist) nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab." (3)

Falsch, bzw. irreführend an diesen Positionen ist der gradlinig angenommene Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus. Die Gefahr der Restauration von Herrschaftsverhältnissen wird nur noch in der Form der äußeren, militärischen Aggression anerkannt. Unterschlagen wird dadurch gerade, daß der Kommunismus nicht automatisch erreicht wird, sondern nur durch die ständige Auseinandersetzung in der Übergangsgesellschaft selbst, daß die Klassenkämpfe in der Übergangsgesellschaft nicht aufhören. In der Theorie der SU und DDR uws. wird im Rahmen solcher Analysen das Erreichen des Kommunismus abhängig gemacht von einer Steigerung der Produktivkräfte und des Lebensstandards, nicht aber von der Hebung des politischen Niveaus, des ständig zu erneuernden Kampfes gegen alte und neue Herrschaftsverhältniss.

Dieser Punkt wurde besonders durch die Erfahrungen der Kulturrevolution verdeutlicht. In der Kulturrevolution wurde im Rahmen wirklicher Massenkämpfe, wie sie die DDR und SU nie gesehen haben, und Kritikkampagnen die Bürokratisierungstendenz der Partei gestoppt, die weitere Verfestigung von Warenverhältnissen bekämpft und das politische Bewußtsein ungemein entwickelt.

Sozialismus ist damit kein eigenständiges System, sondern nichts anderes als eine Phase des Kampfes gegen die Restauration des Kapitalismus und für die Errichtung des Kommunismus. Er ist somit eine besondere Form des Kampfes in der Phase der Diktatur des Proletariats, d. h. der großen Mehrheit des Volkes. Der Charakter dieses Kampfes wird in der klaren Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus verdeutlicht und in die Mobilisierung der Massen umgesetzt.

Polytechnische Ausbildung in Nordkorea

Zur Frage von Warenproduktion und Warenverhältnis

Einer der wichtigsten Punkte der Kritik an der SU ist die Weiterexistenz von Warenproduktion und Warenverhältnissen und der umstandslosen Verteidigung dieser Tatsachen. Warenproduktion im Kapitalismus bedeutet, daß zwar die Arbeiter und andere Schichten den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, aber nicht über ihn verfügen können. Die Produktion erfolgt zum Zwecke des Tausches und des Profits und nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Die Waren werden nach ihrem Wert getauscht, das ist die notwendige Arbeitszeit zu ihrer Herstellung. Ausdruck dieses Wertes ist das Geld, sowie der Lohn als Wertausdruck der Arbeitskraft, die im Kapitalismus ebenfalls als Ware behandelt wird.

Die Entfremdung der Menschen von ihrer Produktionstätigkeit ist die Folge der Warenproduktion im Kapitalismus. Die Produktionsweise beherrscht die Menschen, nicht aber die Menschen die Produktionsweise. „Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesamte Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert." (Marx, 4)

Das grundsätzliche Ziel der sozialistischen Umwälzung ist die kollektive Aneignung und Kontrolle der gegenständlichen Produktionsbedingungen wie der Produktionsverhältnisse. Damit ist es „Aufgabe der sozialistischen Revolution nicht allein, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen, sondern die Produktion für den Markt zu beseitigen und damit den Markt selbst als Vermittlungsinstitution menschlicher Tätigkeiten." (5)

Die Produktion von Waren abzuschaffen, den Markt aufzulösen ist keine Sache des frommen Wunsches allein. Auch in der Übergangsgesellschaft ist Warenproduktion möglich und z. T. notwendig.

Fortsetzung auf Seite 5

Metalltarifrunde:

Das große Spektakel

In der gegenwärtigen Metalltarifrunde verfolgt der reaktionäre Dreibund von Kapital, SPD-Regierung und Gewerkschaftsapparat zwei Ziele: Erstens soll das Lohndiktat gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden, zweitens soll dies bewerkstelligt werden, ohne die Gewerkschaften, hier die IGM, allzu sehr zu diskreditieren. Die Kapitalisten haben mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß die verräterische Politik der Gewerkschaften, die aus der engen Verbindung zu Staatsapparat und Kapitalisten resultiert, von den Arbeitern immer klarer durchschaut wird.

Die Angst vor „wilden" Streiks, d. h. die Angst davor, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen unabhängig von den Gewerkschaften durchkämpft, daß sie sich neu organisiert (Streikräte, die von klassenbewußten, von allen anerkannten Arbeitern besetzt werden, sind dazu ein Schritt) verfolgt sie seit zwei Jahren.

Die Septemberstreiks von 1969 haben nicht nur die Arbeiterklasse vorwärts gebracht, die hier die Erfahrung ihrer Solidarität und ihrer Kraft gemacht haben (so beschränkt diese Streiks auch im Vergleich zu den Kämpfen der Arbeiter in anderen westeuropäischen Ländern waren), sie haben auch der Kapitalistenklasse die drohende Gefahr gezeigt. **WAZ: Schon einmal waren sie (die Gewerkschaften) mehr als bescheiden. Die wilden Streiks vom Herbst 1969 galten als Quittung des „Fußvolkes".**

Daraus hat die IGM in dieser Tarifrunde ihre Lehren gezogen.

Was die Gewerkschaft angeht, so muß diese sich den Arbeitern gegenüber wieder den Schein der „Kampforganisation" (Handelsblatt) geben und eine entsprechende Taktik einschlagen. Dabei steht sie allerdings vor dem Dilemma, daß man die in vielen Betrieben von den Kollegen geforderten 15 Prozent (bei Opel sogar in einer Resolution der Belegschaftsversammlung beschlossen) unter den Tisch fallen lassen, andererseits aber mit Forderungen aufwarten mußte, die jenen „Kampfgeist" dokumentieren sollten.

So beschloß die Große Tarifkommission für NRW 11 Prozent zu fordern, und zwar als „Mindestforderung", die nur einen „Spielraum nach oben" zulasse (Opel-Betriebsrat). (Es versteht sich, daß davon heute kein IGM-Funktionär mehr etwas wissen will.) Das redete die IGM den Kollegen im Betrieb vor. Gegenüber den Kapitalisten-Kollegen äußerte man sich anders. So sagte Brenner in einem Interview mit der SZ („Der Arbeitgeber", 24. 9.): **„Über alle Forderungen muß verhandelt werden, und es ist selbstverständlich, daß auch ein gewisser Verhandlungsspielraum vorhanden ist. Wir haben jedenfalls unsere Forderungen noch nie als Ultimatum verstanden ..."**

Das ist nichts anderes als die Aufforderung an die Kapitalisten, sich nur ja nicht auf diese Forderungen einzulassen. Bei den Nebenforderungen zeigt sich das deutlich: u. a. war gefordert ein 13. Monatslohn/-gehalt, „unter Umständen" in Stufen." Unter Umständen" ist inzwischen längst weggefallen, heute geht es nur noch, soweit diese Forderung überhaupt noch in der Debatte ist, um die Stufen.

Die Metall-Industriellen wurden also von vornherein geradezu gebeten, einen „harten" Kurs zu steuern. So sagte der IGM-Verhandlungsleiter in Nordbaden-Nordwürttemberg, Bleicher, schon vor Wochen: die „Prozedur von Verhandeln, Schlichten, Urabstimmen" würde sich bis Ende November hinziehen. Das heißt, das „Scheitern" der Verhandlungen war von vornherein einkalkuliert (wenn auch noch nicht der Streik).

Mit dem „harten" Kurs von 4,5 Prozent als erstem und letztem Angebot und der Ablehnung der „Schlichtung" von 7,5 Prozent machten es die Unternehmer also der IGM-Führung möglich, trotz ihrer, wie sie selbstgefällig zugab, „maßvollen" Forderungen als die Gewerkschaft dazustehen, die für die Kollegen was raus holt". Möglicherweise kommt es sogar zu einem kurzen ein- oder zweitägigen Streik, um der Unruhe unter den Arbeitern ein Ventil zu verschaffen, wahrscheinlicher ist jedoch eine kurzfristige Einigung der „Tarifpartner" unmittelbar vor Streikbeginn.

Sich austoben lassen — aber in Grenzen, das ist die Devise von Brenner und Konsorten gegenüber den Arbeitern. Das zeigen auch die Warnstreiks der letzten Wochen im Südwesten, die offensichtlich mit Billigung, wenn nicht gar auf Initiative der IGM-Funktionäre stattfanden (ohne eine solche Beeinflussung würden die Kollegen niemals für einen billigen Kompromiß von 7,5 Prozent „wild" streiken, sondern für ihre eigene Forderung: 15 Prozent): „Ort und Zeit des Kampfes lassen wir uns nicht aufzwingen", schrieb „Metall" am 26. 10., und man kann fortsetzen: „auch nicht von den Kollegen!" Auch „wilde" Streiks gehen mitunter noch vom Gewerkschaftsapparat aus, so groß ist sein Einfluß noch unter den Kollegen.

Die entscheidende Frage ist, wann die Bewegung unter den Arbeitern den Bonzen über den Kopf wächst. Im letzten Jahr drohten die spontanen Aktionen der Arbeiterklasse den Bonzen aus der Hand zu gleiten, nachdem sie selbst vorher die Stimmung kräftig angeheizt hatten. Diesen „Fehler" haben sie in diesem Jahr weitgehend vermieden, indem sie von vornherein abwiegelten und es den Kapitalisten überließen, durch „Mini-Angebote" (Brenner) die IGM in die Position des Kämpfenden rutschen zu lassen. Dieser Trick ist aber eine Eintagsfliege.

Die Tendenz ist eindeutig: **von allen seit 1949 in Westdeutschland stattgefundenen Streiks waren weit über die Hälfte nicht-gewerkschaftliche Streiks!** (gemessen an der Zahl der Beteiligten waren es etwa 34 Prozent). Jeder taktische Winkelzug der Bonzen wird von Arbeitern bald durchschaut und macht ihnen immer deutlicher, was sie in ihrer Mehrzahl jetzt erst instinktiv spüren:

Die Arbeiterklasse braucht Gewerkschaften, aber nicht solche!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Totale Automation möglich

Seit 1969 werden in Südostasien wahllos automatische Waffen zur Vernichtung aller Lebewesen eingesetzt. Kleine Sprengkörper in Knopfgröße, als Tigerkot oder anders getarnt, werden zu Hunderttausenden über weite Landstriche abgeworfen. Nach einer Berührung explodieren diese Sprengkörper mit starker Geräuschentwicklung und ein kompliziertes elektronisches System aus hochempfindlichen Mikrofonen und Sensoren, Computern und Lasergeräten löst automatisch die totale Vernichtung durch Artillerie, Bomber oder Kampfhubschrauber aus. Das Zielquadrat wird unter Beschuß genommen, ohne zu kontrollieren, wodurch die Explosion der getarnten Sprengkörper hervorgerufen wurde. So werden Kinder, Frauen, Zivilisten, Soldaten der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sowie Tiere unterschiedslos von den unbemannten Flugzeugen und Artilleriestützpunkten getroffen.

Der ehemalige US-Oberkommandierende der Streitkräfte in Südostasien, General Westmoreland, sagte schon 1969: „Ich sehe Schlachtfelder, auf welchen wir alles zerstören können, ... durch sofortige Informationsaufnahme und fast sofortige Anwendung von tödlicher Zerstörungskraft. **Auf dem Schlachtfeld der Zukunft werden feindliche Kräfte lokalisiert, aufgespürt werden, und fast ohne Zeitverlust beschossen werden können, mit Hilfe von Datensystemen, durch Computer-assistierte Feuerkontrolle.** Mit beim ersten Einsatz fast 100prozentiger Tötungswahrscheinlichkeit ... und mit Aufspürtechniken, die jede Bewegung des Feindes verfolgen, wird die Bedeutung großer Truppenkontingente ... immer geringer werden."

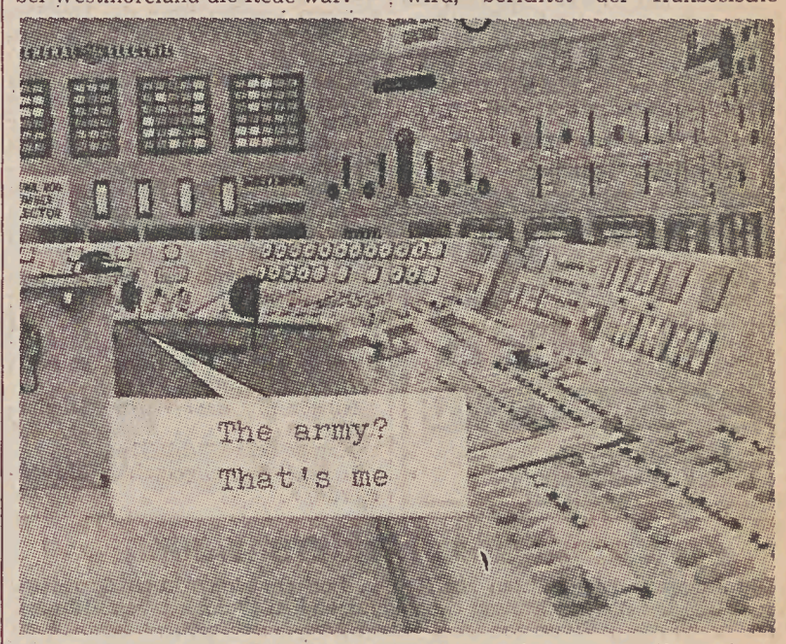
Deshalb kann Nixon im Auftrag des US-Kapitals amerikanische Truppen abziehen und südvietnamesische Elitetruppen des Hitler-Verehrers Ky mit der Weiterführung des automatischen Vernichtungskrieges beauftragen. Der Generalbrigadier, Großbankier und Mitherausgeber des US-Bulletins für Atomwissenschaftler schilderte die Aufspürtechniken, von denen bei Westmoreland die Rede war: **all diese Vorteile hat, ist es offensichtlich, daß man mit ihm rechnen muß."**

Sie wurden und werden eingesetzt. Südostasien soll also aus Profitgründen ein riesiges Auschwitz werden.

Biologen der Stanford-Universität untersuchten die Auswirkungen der von den USA in Indochina eingesetzten chemisch-bakteriologischen Kampfstoffe und stellten fest:

„Nach Vernichtung der Vegetation durch Kampfstoffe verwandelt sich die ehemals so fruchtbare Erde in eine außerordentlich harte gesteinsartige Masse, die „Entlaubungsmittel haben in Vietnam die Gummiproduktion bereits um ein Viertel verringert, in Kambodscha sogar um 40 Prozent, die Verwendung von pflanzentötenden Kampfstoffen vergiftet die Erde mit resistenten Chemikalien und bringt den Fischen und anderen Wassertieren in den Flüssen Tod und Verderben."

Über das ausschließlich von dem Chemie-Giganten Dow Chemical hergestellte und in Südostasien laufend eingesetzte Napalm, das u. a. auf offene Dörfer abgeworfen wird, berichtet der französische



„Die chemischen Stoffe können während eines einzigen Angriffes Dutzende von Quadratkilometern treffen, die bakteriologischen Agentien können sogar hunderttausende von Quadratkilometern verseuchen. Die Suchwaffen dringen in Wohnhäuser, Schutzstätten und andere Festungswerke ein und treffen deren Insassen. Sie sind wirksam gegen Truppen, die weit über ein offenes Gelände verstreut sind ... Wenn das verwendete Produkt geruch- und farblos ist, wenn die ersten Symptome erst dann auftreten, wenn die „wirksame" Dosis bereits absorbiert ist, hat der Betroffene nur wenig Aussichten, seinen Schutzanzug anzulegen. **Sie sichern einen hohen Ertrag betroffener Personen, an die 30 Prozent und mehr ... Wenn ein Waffentyp** Arzt A. Behar — unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung des in ihm enthaltenen Phosphors —: „Phosphor hat die besondere Eigenschaft, daß es innerhalb der Wunde langsam weiterbrennt. **Gelegentlich dauert diese langsame Verbrennung bis zu 15 Tagen an. Bei Nacht kann man das grüne Licht sehen, das durch den Stoff erzeugt wird, der Fleisch und Knochen verbrennt.** Außer den Wunden und tiefreichenden Verbrennungen erleidet das Opfer schwere Vergiftungen, die durch die dreifache oder noch stärkere Erhöhung der Menge an anorganischem Phosphor im Körper hervorgerufen wird."

aus Peter van Spall: Zur Sozialstruktur des organisierten Hochkapitalismus

Das MUSISCHE ZENTRUM
der Ruhr-Universität
stellt in der Dresdner Bank,
Bochum, Husemannplatz,
Bilder einer Malexkursion aus.
Die Ausstellung ist geöffnet vom 22. November
bis 10. Dezember 1971 von 8 — 16.30 Uhr.
Samstags und sonntags geschlossen.

Fertilitätshemmung beim Manne
Probanden z. klin. Erprobung v. fertilitätshemmendem Injektionspräparat gesucht. Wöchentlich eine Injektion.
DM 50,– pro Injektion.
Dr. Mauß
Tel. Essen 79 91 25 81,
Mo. – Fr., 14.00 – 17.00 Uhr

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Faillard schnüffelt

Seltsame Aktivitäten unseres Rektors wurden jetzt bekannt: In einem Rundbrief an alle Dekane bittet Herr Faillard um Mitteilung, welche Studenten eine Prüfung endgültig nicht bestanden haben und deshalb von der Universität geworfen gehören.

Ganz abgesehen davon, daß der Begriff des „endgültigen" Nichtbestehens einer Prüfung nicht eindeutig definierbar ist — die Studenten versuchen z. B., die unbeschränkte Wiederholbarkeit von Prüfungen in den Prüfungsordnungen zu verankern —, **entbehrt diese rektorale Schnüffelei jeder Rechtsgrundlage.**

Faillard beruft sich bei seiner Aktion auf § 15,7 des NRW-Hochschulgesetzes. Dieser Paragraph ist jedoch nicht unmittelbar auf die Hochschulen anwendbar, sondern legt nur fest, welche Bestimmungen in die Immatrikulationsordnungen der Hochschulen aufgenommen werden müssen. Das heißt: die Vorschrift, auf die Faillard sich stützt, kann nur wirksam werden über eine gültige Immatrikulationsordnung.

Faillard ist die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, ob die Immatrikulationsordnung der RUB bereits gültig ist. Das heißt: Faillard setzt sich mal wieder über seine Kompetenzen hinweg, um — in diesem Fall — die Universität von in seinen Augen unqualifizierten Mitbürgern zu säubern.

Wir fordern alle Fachschaften auf, von ihren Dekanen die Herausgabe der Antwortbriefe zu verlangen und sich gegen dieses unverschämte Vorgehen entschieden zu wehren!

Tramperbahnhöfe

Auf der Uni-Straße gegenüber den Studentenheimen hat der AStA zwei neue Tramperbahnhöfe eingerichtet, Richtung G- und I-Gebäude. Auf der Brücke vor den G-Gebäuden, wo bisher ein Tramperbahnhof Richtung Stadt steht, wird noch ein Tramperbahnhof Richtung Hustadt errichtet.

Einleitendes zu der Frage der Übergangsgesellschaften

Fortsetzung von Seite 4

Allein durch das Nebeneinander von sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaften nimmt im Export das Produkt aus sozialistischen Ländern notwendige Warenform an. Aus diesem Zwang jedoch ein ökonomisches Prinzip zu machen, blieb den revisionistischen Theoretikern vorbehalten: „Die Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation, darunter Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn, wirken auf ihrer eigenen sozialökonomischen Grundlage.

Diese Kategorien existieren auch im Sozialismus objektiv, weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind. Deshalb besteht die Aufgabe der wissenschaftlichen Führungstätigkeit beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen vollständig auszunutzen." (Ulbricht, 6)

Hier wird davon ausgegangen, daß der Inhalt der Warenform sich geändert hat und somit zum Aufbau des Sozialismus die Warenproduktion installiert werden kann. Bettelheim (7) hat darauf hingewiesen, daß solche Erklärungen und Hinweise das Problem von Warenproduktion, Warenform und Warenverhältnis nicht lösen können. Die Warenform ist in der Marxschen Analyse ebenfalls ein gesellschaftliches Verhältnis, und nicht bloß eine Hülse, in die man etwas beliebiges hineinstopfen kann. Warum also, muß gefragt werden, manifestieren sich Produkte in der sozialistischen Gesellschaft weiterhin als Waren mit einem Wert, d. h. „warum manifestieren sich unabhängig vom Willen der Menschen gesellschaftliche Verhältnisse weiterhin in einer ‚phantasmagorischen Form' (Bettelheim)". Beispiele dafür mögen z. B. die Lohnsysteme in der DDR und in China sein.

Bei Philip Neumann (8) ist in einem ansonsten problematischen Artikel nachzulesen, daß in der DDR die gleichen Leistungslöhne, Akkordlöhne etc. gezahlt werden wie in kapitalistischen Ländern. geistige und körperliche Arbeit wird verschieden bewertet usw. Für den Arbeitsprozeß gilt das System der „materiellen Anreize". In China dagegen wurde während und kurz vor der Kulturrevolution versucht, gerade solche Formen des materiellen Anreizes, des Leistungslohnes, der Privilegierung geistiger Arbeit abzubauen. Hier werden Löhne nicht naturwüchsig durch irgendwelche Instanzen festgesetzt, sondern durch die Produktionsbrigaden selbst, d. h. hier konnten ansatzweise Momente der „Bezahlung nach Bedürfnis" eingehen. (9)

In allen Übergangsgesellschaften gibt es Warenproduktion und Warenverhältnisse. Die Chinesen z. B. versuchen jedoch, die Warenproduktion nicht zum selbständig wirkenden Prinzip zu machen, sondern die Kontrolle der Produzenten über ihre Produktionsmittel und Lebensverhältnisse zu verstärken. Die Warenproduktion kann nur abgeschafft werden durch die bewußte Regulierung des Wertgesetzes durch die Massen selbst.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist keine ausreichende Bedingung für den Übergang zum Kommunismus. In den Stalinschen wie in den revisionistischen Konzepten bleibt verborgen, daß auch nach der Verstaatlichung der Produktionsmittel der Widerspruch zwischen juristischen Eigentumsformen und der realen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und -bedingungen erhalten bleibt. Das betrifft zum einen die Kontrolle der Massen über den Produktionsplan, ihre Heranziehung zu Verwaltungsaufgaben, das richtige Verhältnis von zentralisierter und dezentralisierter Produktion und Verteilung. Dies betrifft auf der anderen Seite die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in der sozialistischen Phase des Klassenkampfes ständig neu überwunden werden müssen.

Dazu gehören die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, die Organisation der Arbeit, die Bekämpfung der Kategorien Lohn, Preis, Gewinn usw. Für den Einzelnen oder die Klasse kann Sozialismus nicht heißen, daß er nun seine Arbeitskraft nicht mehr ans Kapital, sondern an den Staat oder die Genossenschaft verkauft, sondern muß den Arbeitsprozeß wie das Verhältnis des Produzierenden zu den Produkten entscheidend ändern.

Akkumulation und Kulturrevolution

Ein weiterer Punkt, an dem sich verschiedene Formen der Übergangsgesellschaft ablesen lassen, ist die Frage der Akkumulation. SU und China waren beide unterentwickelte Länder, als in ihnen die sozialistische Revolution siegte. (10)

In der SU wurde seit den 20er Jahren davon ausgegangen, daß die materiellen Grundlagen des Sozialismus durch die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie geschaffen würden. Dies hat unter den historischen Voraussetzungen der SU eine Verschärfung des Gegensatzes von Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern mit sich gebracht.

Die enorme Industrialisierung der SU ging auf Kosten der Bauern, die sich auch politisch nicht fortentwickelten. Das zeigt u. a. die Zwangskollektivierung zu Anfang der 30er Jahre, die auf großen Widerstand stieß. Dieser Gegensatz besteht in der SU nach wie vor. Die Bauern leben schlechter als die Arbeiter, die Technisierung der Industriearbeit ist viel weiter fortgeschritten, die Wachstumsrhythmen sind unterschiedlich.

In China wie in Nordkorea wurde dagegen eine globale Entwicklungskonzeption der Gesellschaft entwickelt. Alle gesellschaftlichen Produktivkräfte sollten maximal genutzt werden, jedoch keine auf Kosten der anderen. So hat man versucht, Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig zu entwickeln, die landwirtschaftliche Produktion zu industrialisieren und die industrielle Produktion aufs Land zu verlagern.

Damit mögen die Widersprüchlichkeiten zwischen Stadt und Land nicht beseitigt sein; wichtig ist jedoch, daß diese Frage energisch angegangen wurde und politisch gelöst wird.

Im Unterschied zu der omnipotenten Stellung der Partei in der SU und DDR wurde in China und Korea versucht, die Rolle der Partei zu relativieren. In der Kulturrevolution wurde zum ersten Mal eine Mobilisierung der Massen vorgenommen, die die Zerschlagung der chinesischen Partei zur Folge hatte. Diesen Moment der ständigen Erneuerung der politischen Organisation wie der Politisierung des täglichen Lebens, die tendenziell besondere politische Organisationen überflüssig macht, sind entscheidende Erfahrungen. In der Kulturrevolution wurde praktisch gezeigt, daß auch in sozialistischen Ländern die Revolutionierung der Massen keine „Umerziehungsaufgabe" der Partei ist, sondern auch dort eine Frage des praktisch-politischen Kampfes ist.

Wenn wir versuchen, uns die Erfahrungen der Übergangsgesellschaften für unsere eigenen Aufgaben zunutze zu machen, heißt dies gerade nicht, die sowjetischen, chinesischen oder sonstigen Äußerungen blindlings nachzugeben. Auf der Basis der Analyse der konkreten Verhältnisse hier, müssen wir ihre Erfahrungen verallgemeinern, wo es möglich ist. Im Verhältnis zu den Übergangsgesellschaften sollte man aber gerade beherzigen, was der Genosse Kim Jl Sung ,der 1. Sekretär der Koreanischen Partei der Arbeit, ausführt. „Gegen die in Korea (aber nicht nur da!) existierenden Tendenzen zur blinden Nachahmung anderer Erfahrungen, hat er die Konzeption der Dschutsche gesetzt."

So übernehmen wir die für uns nützlichen Erfahrungen und lassen die beiseite, die für uns überflüssig oder schädlich sind. Falls wir positive Erfahrungen anderer Länder übernehmen, formen wir sie entsprechend der Wirklichkeit unseres Landes um, modifizieren sie und führen sie dann ein." (11)

Denn sonst „wird die Fähigkeit zum selbständigen Denken gelähmt, keinerlei Initiative bekundet, und schließlich muß man sich blind an andere klammern, weil man nicht herausfindet, was richtig und was falsch ist."

(1) Marx Kritik des Gothaer Programms Berlin, 1969, S. 33
(2) Breuer, Warenproduktion im Sozialismus, in: Sozialistische Politik, Nr. 13, 1971, S. 14
(3) Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin, 1968, S. 530
(4) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin, 1953, S. 76
(5) Strotmann, Vorwort, in: Kritik der Sowjetökonomie, Berlin (Rotbuch 11), 1969 S. 10
(6) Ulbricht, a. a. O.
(7) Bettelheim, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den „Sozialistischen Ländern", Berlin (Merve Nr. 1), 1970, S. 17 bis 20
(8) Neumann, Der Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation, in: Kursbuch 23, 1971, S. 96 ff.
(9) Bettelheim ,Charrière, Marchisio, Der Aufbau des Sozialismus in China, München, (Trikont), 1969
(10) vgl. Rossana Rossanda, Der Marxismus von Mao-Tse-Tung, Berlin (Merve Nr. 17) 1971
(10) Kim Il Sung, Reden und Aufsätze Bd. I, Frankfurt (Verlag Roter Stern), 1971, S. 283 f.; vgl. auch Bd. II, S. 510

Ideologie und Geschäft

Fortsetzung von Seite 1
ließ die Artikulierung des Protests sehr schnell völlig unpolitisch werden. Die Befreiung des Individuums wurde nicht als gesellschaftliche Aufgabe begriffen, sondern als individuelle. Die Che-Posters an den Wänden waren zumeist ästhetische, nicht politische Beigaben; dennoch verliehen sie teilweise linke Attitüden, und wenn nur deshalb, daß ein kämpferisches Idol gewählt wurde.

One way: Einbahnstraße . . .

Die Bewegung war nie eine einheitliche, in ihr stand ein breites Ideologie-Angebot zur Verfügung, das vielen irgendeine Möglichkeit der Identifikation gab. Reaktionäres mischte sich mit Progressivem, Kampf gegen technokratische Entartung schlug um in Vegetarismus (makrobiotische Ernährung) und Blut- und Bodenromantik.

Wie ein roter (besser: schwarzer) Faden zog sich die Entpolitisierung durch große Teile dieser Bewegung des Protests. Der vorläufig letzte und deutlichste Ausdruck dieses Trends ist die Jesus-Bewegung, die aus ihrem Idol, das selbst nach Bibelschilderung kein völliger Gegner der Gewalt war, einen lammfrommen Tee- und Schmalzstullenkonsumenten machte. Was mit Woodstocks „love and peace" begann, setzte sich über George Harrisons „My sweet Lord" zum „Jesus Christ Superstar" fort.

Zur Ideologie der Jesus-People gehören ausgesprochene Intellektfeindlichkeit und ein puritanischer Pietismus, der sich in Abstinenz ausdrückt: Abstinenz von Drogen, Abstinenz von Sex (kategorisches Verbot vorehelicher Sexualität), Abstinenz von Politik. **„Die Veränderung der Gesellschaft ist nicht Aufgabe des Menschen, sondern die Aufgabe Gottes"**, erläuterte ein Prediger bei Jesus-Veranstaltungen in Bochum, und der Rundfunk-Pfarrer freut sich in der WDR-Morgenandacht: „Sie nehmen die Bilder Maos und Che Guevaras von den Wänden ab." Ehemals „progressive" Geistliche spielen mit: **„Die Leute wollen keine Politik von der Kanzel mehr, sie fragen nach dem Sinn des Lebens."**

Nicht zufällig erhalten die Jesus-Leute den Beifall von rechtsaußen: Bild am Sonntag feiert das „geläuterte Jung-Amerika", Schwesterblatt Welt am Sonntag preist die Überwindung des „Vandalismus". Zu ihren finanziellen Förderern in den USA und der BRD gehören Industrielle, in deren Swimming-Pools sie sich taufen lassen.

. . . in die Sackgasse

Der Millionär Bill Bright organisierte den „Campus-Kreuzzug für Christus" mit einem Jahresbudget von zwölf Millionen Dollar und mit 3000 regulären Missionaren in 450 Lagern. **Bis 1976 will Bright die USA, bis 1980 die ganze Welt mit dem Evangelium erobert haben.**

Der Bayern-Kurier weiß zu vermelden, daß „solche Reichen ... die begründete Hoffnung hätten", die Jesus-People würden sich wieder in die Gesellschaft integrieren.

In der Jesus-Bewegung treffen sich mythologisierte Subkultur, reaktionäre sing-out-Begeisterung, die subjektive Bereitschaft zur individuellen Lebenshilfe, fanatischer Missionsgeist, „neue Romantik", politische Abstinenz, kategorischer Puritanismus und Kapitalinteressen — eine Mischung, die faschistoide Züge trägt. Die in der scene Ausgeflippten kommen vom Regen in die Traufe: „Eine Jugend, die sich diesem religiösen Rausch ergeben würde, wäre weit besser manipulierbar als Drogensüchtige, da man sich die medizinische Rehabilitation sparen könnte."

Die ideologische Integration in eine rechte Bewegung unter den Jugendlichen setzt sich fort in ihrer kommerziellen Nutzung. Früher wurden Protest-Buttons und Cheshirts verkauft, heute sind es Jesus-Posters und -Pullis. Nach dem Hippy-Musical „Hair" verspricht „Jesus Christ Superstar" ein neuer Kassenfüller zu werden. Schlagersänger von Harrison bis Dylan schwimmen fleißig mit und selbstverständlich gibt es bereits die „Worte des Vorsitzenden Jesus" — in drei verschiedenen Ausgaben bisher.

Mehr als ein Dutzend Filme über Jesus, Evangelium und Bibel sind oder werden gedreht, die Titelrechte für „Jesus Revolution", „Jesus Love Story", „Jesus Report" und „Love and Jesus" sind schon reserviert. Die Investitionen des Kapitals in die Jesus-Bewegung zahlen sich in doppelter Hinsicht aus:

- **Teile der Protestbewegung, vor der sich die Herrschenden zu Recht einmal fürchteten, werden in völlig unpolitische Bahnen geleitet und objektiv zu Teilen der Reaktion.**
- **Außerdem läßt sich gut daran verdienen.**

One Way? Sackgasse!

Geheimer Weyer-Erlaß

a) Der geschichtliche Hintergrund

Durch die sich verschärfenden Widersprüche in den Metropolen und in den Ländern der 3. Welt sieht die Bourgeoisie ihre Herrschaft immer mehr gefährdet.

Als Reaktion auf diese Entwicklung ist in der BRD (wie auch in den USA, Japan usw.) eine fortschreitende Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft zu beobachten, die jedoch unter dem Deckmantel sozialer Demagogie (Brandt: „Mehr Demokratie wagen!") erfolgt.

Die Taten demgegenüber sprechen für sich: Notstandsgesetze, Handgranatengesetz in Westberlin, Ausbau des Bundesgrenzschutzes, Zentralisierung der Polizei nach dem Vorbild des amerikanischen FBI, Verbotshetze gegen „Marxisten-Leninisten" usw.

In diesem Zusammenhang der allgemeinen Faschisierung ist auch die zunehmende Unterdrückung ausländischer Arbeiter und Studenten zu sehen. So lieferten die Justiz- und Polizeibehörden die Namen aller Cisnu-Mitglieder an den persischen Geheimdienst aus, die an der Besetzung des pers. Generalkonsulats in München Anfang 1970 beteiligt waren. (vgl. Hochschulkampf Quellenangabe! 9/10, 24. 5. 71.) Durch das neue „fortschrittliche" Ausländergesetz von '65 werden schließlich jegliche Rechtsstaatsillusionen begraben.

So kommt es nicht von ungefähr, daß bei einem etwas gründlichen Vergleich leicht zu erkennen ist, daß dieses Gesetz mit der faschistischen Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 weitgehend identisch ist, bzw. in einigen Punkten eine Verschärfung darstellt.

b) Der Geheimerlaß und seine Konsequenzen für ausländische und deutsche Studenten

Eine weitere Stufe der Eskalation ist mit dem Ausländergeheimerlaß des Innenministers von NRW, Weyer, vom 28. 11. 1970 erreicht, der den Universitäten bisher vorenthalten und der erst auf außerdienstlichem Wege in Aachen und Bonn bekannt wurde. Er beinhaltet eine weitere Verschärfung der Aufenthaltsbedingungen für Studenten und Praktikanten, zielt auf eine weitere **Disziplinierung besonders der politisch engagierten ausländischen Kommilitonen** ab und ist ein neuer Versuch der Studienzeitreglementierung an deutschen Hochschulen. Es ist dabei vorgesehen, daß sie möglichst schnell ein straff geschultes und reglementiertes Studium absolvieren und unmittelbar darauf die BRD verlassen, damit keine Zeit mehr verbleibt, etwa auf dumme sprich: „linke" Gedanken zu kommen.

Der Erlaß gilt nur für Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern, die sich hiernach noch schärferen Studienerfolgskontrollen unterwerfen müssen als alle anderen Studierenden. **Ausgenommen sind dabei allerdings (oder natürlich?) die imperialistischen Staaten Japan, Israel und die Südafrikanische Union(!).**

Zuständig für die Überwachung des Studiums sind die Ausländerpolizeibehörden, bei denen es wahrhaftig in „rechten" Händen liegt. Die Auskünfte über die Studienleistungen werden über die Uni-Behörden eingeholt. Über eines dürfen wir uns dabei im klaren sein: **Dieser Erlaß ist keinesfalls nur ein unterlaufener Fauxpas, sondern stellt eine folgerichtige Stufe der Entwicklung in der allgemeinen Verschärfung der Studienbedingungen dar.** Nach dem HSchRG werden sich die deutschen Kommilitonen einer ähnlichen Überwachung und Bespitzelung ihres Studiums gegenübersehen. Zwar werden sie dann nicht nach Übersee abgeschoben, aber eine Relegation ist nicht unbedingt das kleinere Übel. Kommilitonen, laßt uns den gemeinsamen Kampf aufnehmen!

Nieder mit dem Weyer-Geheim-Erlaß!
Kampf dem HSchRG!
Kampf der allgemeinen Faschisierung!

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße 156
hinter der alten Mensa

Kampf dem Maklerunwesen

Die Jungsozialisten führen zur Zeit in Bochum eine Aktion durch, die zum Ziel hat die Einrichtung einer kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle, die das Wohnungsangebot jedem Bürger zugänglich macht. Damit sollen die Wohnungsmakler bekämpft werden, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern und des Profits wegen schamlos das menschliche Grundrecht auf Wohnung ausnutzen. Oft muß das zwei- und mehrfache einer Monatsmiete bezahlt werden.

SOLIDARISIERT EUCH MIT DER AKTION DER JUSOS FÜR EINE KOMMUNALE WOHNUNGSVERMITTLUNGSSTELLE!
TRAGT EUCH IN DIE SOLIDARITÄTSLISTEN EIN!

Club Liberitas
BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Do., 18. 11. 71 20.00 Uhr	FRANZ JOSEF DEGENHARDT Ruhrland-Halle Bochum Mitgl.: Vorverkauf: Club Liberitas, Verkehrsverein am Hbf., Kunst- u. Bücherscheune an der Universität	5,– 5,–	5,–
Sa., 20. 11. 71 20.00 Uhr	MICHAL URBANIAK GROUP, Warschau featuring Ursula Dudziak Modern Jazz	5,–	3,–
Sa., 27. 11. 71 20.00 Uhr	FRANZ JOSEF BOGNER „Die Gans mit dem Sparschwein" Bogner spielt und erzählt Fabel-haftes. Er deckt in seiner bekannten pantomimisch rethorischen Form Literatur- und Theaterklischees auf	4,–	2,50
Sa., 4. 12. 71 20.00 Uhr	OBOLUS, Wuppertal politisch-literarisches Kabarett	4,–	2,50

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

Die Studiobühne sucht Schauspieler
MZ
MAX CHRISTIAN FEILER
MANDRAGOLA
Komödie in 5 Akten
nach NICCOLO MACHIAVELLI
(Proben nach Vereinbarung)
Anmeldung:
Im Sekretariat IC-FO 05/555
Tel.: 71-3945 (von 9-13 Uhr)

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 51 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72
- in Ihrer Nähe -

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Men like its flavor Women love its aroma
RUM and MAPLE PIPE MIXTURE
2.50
Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der Ruhr-Universität
jeweils 18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20

Mittwoch, 24. November
Martin Ritt: MAN NANNTE IHN HOMBRE
mit Paul Newman. USA 1966, Farbe. Ein Weißer, der unter Indianern aufgewachsen ist, hat Erfolg, solange er sich an die Spielregeln hält, und scheitert, sobald er sich dem alten Ehrenkodex unterwirft. — Rassismus-kritischer Film.

Donnerstag, 25. November
François Truffaut: SCHIESSEN SIE AUF DEN PIANISTEN mit Charles Aznavour, Frankreich 1960, OmU. Eigentlich die Verfilmung eines amerikanischen Kriminalromans, auch aufregend, aber alle todernsten Aktionen, Schießereien, Flucht, Verbrechen erscheinen wie Kinderspiele, der ganze Film ist wie ein Kinderspiel, komisch und grotesk und ernst. Truffauts Meisterwerk.

Mittwoch, 1. Dezember
Tom Gries: HUNDERT GEWEHRE, mit Jim Brown und Raquel Welch, USA 1968, Farbe. Geldlüsterner Neger läutert sich zum Anführer mexikanischer Revolutionäre. Auch bemerkenswert deshalb, weil der Neger mit der Weißen schlafen darf: als hätte es das Wort „Rassenschande" im Hollywoodfilm nie gegeben.
+ Santiago Alvarez: 79 LENZE · Requiem auf Ho-Tchi-Minh, Cuba 1969. Einer der bedeutendsten Biographiefilme, politische und poetische Agitation (auch Ho schrieb bekanntlich Gedichte), bruchlos vereinigt.

Donnerstag, 2. Dezember
Alfred Hitchcock: MORD — FOREIGN CORRESPONDENT. USA 1940, mit Joel McCrea, Herbert Marshall, Albert Bassermann. US-Pressereporter eilen wie die Aasgeier 1939 ins kriegbedrohte England. Ein Friedenspolitiker (Albert Bassermann) spricht immer nur von den kleinen Vögeln in der Sonne im Park. Er wird erschossen, der Mörder entflieht unter den sich auf- und abbewegenden Regenschirmen. Später befinden wir uns in Holland, in einer unheimlich knarrenden Windmühle. Am Ende knallt ein Passagierflugzeug mitten in den Atlantik.

Reserve ohne Ruh

Trimm dich fit bei der freiwilligen Polizeireserve

Die Polizei verläßt sich nicht nur auf sich selbst. In Berlin wird immer noch trefflich anschaulich gemacht, wie möglichst große Teile der Bürger nicht nur ideologisch auf Antikommunismus eingeschworen, sondern auch aktiv an der Linkenhatz beteiligt werden.

Seit 1961 existiert in Berlin (West) eine „Freiwillige Polizeireserve", die sich aus 4500 Angehörigen von städtischer Verwaltung und Wirtschaft rekrutiert. Gegründet wurde dieser Schießclub mit der Begründung, es gelte kommunistische Störer und Saboteure abzuwehren. Ihre Ausrüstung besteht aus Maschinenpistolen, Gewehren und Pistolen.

Ihre Ausbildung in „Erster Hilfe" und Feuerlöschen ist nichts als ein leicht durchschaubarer Bluff, denn die „vornehmste" Tätigkeit" dieser Bürgermiliz ist es, den bewaffneten Kampf gegen Linke zu trainieren. **Der Berliner Senat steht dem waffenstrotzenden Treiben folglich auch mit solch großer Sympathie gegenüber, daß der Bürgerstreitmacht die Möglichkeit gegeben wird, ihre Baller-Ausbildung in Schießkasinos der Westberliner Polizei zu vervollkommnen.**

Auf Saboteure wartet die Miliz seit zehn Jahren vergeblich, aber der Einsatz gegen sie wird weiter fleißig trainiert. „Trimm dich fit" unter Waffen, die im „Ernstfall" gegen Kommunisten eingesetzt werden können. Und **für** wen sie eingesetzt werden, ist auch offensichtlich, denn Aufgabe der Bürgerwehr ist „Objektschutz". **Sie ist also dazu da, Fabriken gegen „störende Arbeiter oder das Springerhochhaus gegen unliebsame Linke zu „schützen".**

RATSCHLAG FÜR KINOGÄNGER

von Busby

lustig — ATLANTIS — ab 19. 11.
DIE LETZTEN TAGE VON POMPEJI nach Bulwer-Lytton. Buch: Sergio Leone und Sergio Corbucci, 1959. Naives Theater, schön kitschig, mit formidabler Feuerwerks- und Baukastenkatastrophe.

fragwürdig — STUDIO — nur 25. 11.
JULIUS CÄSAR, 1953, nach Shakespeare. Gute Schauspieler (Marlon Brando, James Mason, Deborah Kerr, John Gielgud). Trotzdem bedenklich: Erstens von ungenannten Sprechern ins Schlegel-Tieck-Deutsch synchronisiert. Zweitens: auf neues, „modernes" 70-mm-Format aufgeblasen unter Verlust etwa eines Drittels der Bildfläche. Synchronisiert, beschnitten, der Rest ist schäbig. Dann lieber Schalla.

annehmbar — BALI — 26. 11.
BRAVADOS von Henry King, 1958. Gilt als bester Film von Gregory Peck. — Edelwestern über die Fragwürdigkeit von Rache und Selbstjustiz, mit packender Handlung. Incl. dem frühen Lee van Cleef!

sehenswert — BALI — 27. 11.
VERDAMMT IN ALLE EWIGKEIT (From here to Eternity; nach James Jones) 1953, mit Frank Sinatra, Monty Clift (trompetet den berühmten Zapfenstreich), Burt Lancaster. „Harter" Problemfilm über Terror, Mord. Ehebruch in der Army und um die Army herum. Gut gemacht, endet der Film leider als „Hohelied auf den amerikanischen Soldaten, der trotz des Unrechts, das er erfährt, unerschütterlich zu seiner Army steht" (KFD). Als Zeitdokument sehenswert unter der Voraussetzung, daß hier jeder im voraus weiß, was ihn erwartet.

fragwürdig — STUDIO — ab 26. 11.
AUS LIEBE STERBEN von André Cayatte. Die Geschichte der Lehrerin und des Gymnasiasten in Frankreich, deren Verhältnis von verständnislosen Erwachsenen zerstört wird. Ende: Selbstmord der Frau. Allem Vernehmen nach ein sentimentales, bürgerliches Melodram, distanzarm.

Elektronische Orgeln
Ein Klangreichtum den man erleben muß.
Über 20 verschiedene Modelle am Lager.
Eigener Fachservice
MUSIKHAUS KÜHL
BOCHUM · KORTUMSTRASSE 93

B S Z
Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sänger (SAG), Eva Adameit (SHB).
Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Erich Eisel (SHB).
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.
Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: s. Redaktion.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12–16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.